Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Strassen ASTRA
Abteilung Strassenverkehr

16. Oktober 2024

Umsetzung der Motion 20.4339 UREK-N («Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren»)

Anpassung von zwei Artikeln des Strassenverkehrsgesetzes und von vier Verordnungen

Ergebnisbericht zur Vernehmlassung vom 9. Dezember 2022 bis am 23. März 2023

Dokumentennummer: ASTRA-D-9FB23401/802

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 4
1.1 Ausgangslage 4
1.2 Inhalt der Vorlage 4
1.3 Vernehmlassungsverfahren 5
2 Stellungnahmen 6
2.1 Eingegangene Stellungnahmen 6
2.2 Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen 7
3 Einschätzung der Verordnungsvorlagen 8
3.1 Anpassung von zwei Artikeln des Strassenverkehrsgesetzes und Teilrevision von vier Verordnungen 9
3.1.1 Grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage (Frage 1) 9
3.2 Verwarnung oder Entzug des Lernfahr- oder Führerausweises wegen Erzeugens von vermeidbarem Lärm 12
3.2.1 Leichte Widerhandlung (Frage 2) 12
3.3 Finanzielle Unterstützung zur Intensivierung von Verkehrslärmkontrollen 15
3.3.1 Bundesbeitrag Kontrollkosten (Frage 3) 15
3.3.2 Bundesbeitrag Kontrollmittel und Infrastruktur (Frage 4) 18
3.4 Modernisierung der Ausführungsbestimmung zu vermeidbarem Lärm 20
3.4.1 Reihenfolge und redaktionelle Anpassungen (Frage 5) 20
3.4.2 Räumliche Generalisierung (Frage 6) 22
3.4.3 Streichung unsachgemässe Anlassernutzung (Frage 7) 24
3.4.4 Ergänzung schnelle Beschleunigung (Frage 8) 26
3.4.5 Ergänzung schnelles Fahren / Streichung metallbereifte Fahrzeuge (Frage 9) 29
3.4.6 Ergänzung Fahrmodi innerorts (Frage 10) 32
3.4.7 Ergänzung unnötiger Auspufflärm (Frage 11) 35
3.4.8 Streichung Radioapparate (Frage 12) 38
3.5 Einführung der ausserordentlichen Prüfungspflicht bei geräuschrelevanten Fahrzeugmanipulationen 40
3.5.1 Einführung ausserordentlicher Prüfungspflicht (Frage 13) 40
3.6 Verbot von lärmsteigernden Fahrzeugänderungen innerhalb der Lärmgrenzwerte 43
3.6.1 Einschränkung Zulassung für Ersatzschalldämpfer (Frage 14) 43
3.6.2 Verkaufs- und Vermietungsverbot (Frage 15) 46
3.6.3 Publikation Emissionsdaten (Frage 16) 48
3.7 Strengere und einfachere Bestrafung bei lärmrelevanten Fahrzeugmanipulationen und lärmverursachenden Fahrmanövern 50
3.7.1 Erhöhung Busse für unnötiges Vorwärmen des Motors (Frage 17) 50
3.7.2 Erhöhung Busse für unnötiges Laufenlassen des Motors (Frage 18) 52
3.7.3 Erhöhung Busse für unnötiges Betätigen des Gaspedals (Frage 19) 54
3.7.4 Einführung Busse für das Anfahren mit durchdrehenden Reifen (Frage 20) 57
3.7.5 Einführung Busse für das Verursachen unnötigen Auspufflärms (Frage 21) 59
3.7.6 Einführung Busse für fehlenden Schalldämpfereinsatz (Frage 22) 62
3.7.7 Einführung Busse für Fahrzeuge mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen (Frage 23) 64

3.7.8 Einführung Busse für Fahrzeuge ohne Motorraumdämmung (Frage 24) 66
3.7.9 Einführung Busse für Fahrzeuge mit nicht vorgesehenen Tonerzeugern oder manipulierten Warnsystemen (Frage 25) 68
3.7.10 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs ohne Schalldämpfereinsatz (Frage 26) 70
3.7.11 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen (Frage 27) 72
3.7.12 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung (Frage 28) 74
Anhang: Teilnehmende der Vernehmlassung 76

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Die Klagen aus der Bevölkerung von Personen, die sich durch den Verkehrslärm und dessen Lärmspitzen gestört fühlen, haben in den letzten Jahren zugenommen. Gemäss Bundesamt für Umwelt (BAFU) sind in der Schweiz mehr als eine Million Personen übermässigem Strassenlärm ausgesetzt. Der Verkehrslärm verursachte im Jahr 2019 insgesamt externe Kosten von CHF 2'830 Mio., davon entfallen rund CHF 1'569 Mio. auf die Gesundheit. Der Strassenverkehr ist gemäss Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) für rund 80 % dieser Kosten verantwortlich.

Das Schweizer Recht kennt nebst den fahrzeugseitigen Vorschriften auch Vorschriften, welche die korrekte Verwendung der Fahrzeuge betreffen. Das Strassenverkehrsrecht verlangt, dass Fahrerinnen und Fahrer von Motorfahrzeugen jede vermeidbare Lärmbelästigung zu unterlassen haben. Wer mit seinem Fahrzeug unnötigen Lärm erzeugt, kann verzeigt werden. Auch Personen, die ihre Fahrzeuge illegal abändern, werden bestraft. Die entsprechenden Vorschriften finden sich in Artikel 42 Absatz 1 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG), in Artikel 33 der Verkehrsregelnverordnung (VRV) und in Artikel 53 Absatz 4 und Artikel 219 Absatz 2 der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS). Die Kontrolle und Durchsetzung der geltenden Vorschriften liegen in der Zuständigkeit der Kantone.

Die Motion UREK-N (20.4339 «Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren») wurde am 1. Juni 2021 überwiesen. Die Kommissionsmotion nimmt die Anliegen des gleichentags zurückgezogenen Postulats Vogler (19.4254; «Übermässigen Motorenlärm endlich wirksam reduzieren») sowie der beiden am 21. Juni 2021 zurückgezogenen parlamentarischen Initiativen Suter (20.443; «Mit Lärmblitzern gegen unnötigen Fahrzeuglärm vorgehen» und 20.444; «Endlich wirksam gegen lärmende Motorräder vorgehen»). Mit der Motion 20.4339 wird vom Bundesrat u. a. die Erarbeitung von Massnahmen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe verlangt. Diese Massnahmen sollen einerseits die bessere Sanktionierung der Verursachenden von übermässigem Lärm sowie eine stärkere Einschränkung der Verwendung von lärmigen Bauteilen beinhalten. Andererseits ist auch die Intensivierung der polizeilichen Kontrollen von Verkehrslärm, analog der Vereinbarung des Bundes mit den kantonalen Polizeien für die Schwerverkehrskontrollen, zu prüfen.

1.2 Inhalt der Vorlage

Die vorliegende Revision beinhaltet Massnahmen zur einfacheren und strengeren Sanktionierung bei geräuschrelevanten Fahrzeugmanipulationen sowie bei Verursachung von unnötigem Verkehrslärm. Dies entspricht auch dem Wunsch der Vollzugsbehörden nach einfacher zu vollziehenden Rechtgrundlagen.

Im SVG werden zwei Änderungen vorgeschlagen. Einerseits soll das Verursachen von vermeidbarem Lärm als leichte Widerhandlung eingestuft werden. Fahrzeugführerinnen oder Fahrzeugführern, die vermeidbare, störende Lärmemissionen verursachen, soll deswegen neu der Lernfahr- oder Führerausweis entzogen werden können.

Andererseits soll die rechtliche Grundlage für eine finanzielle Unterstützung durch den Bund geschaffen werden. Die finanzielle Unterstützung ist sowohl für eine quantitative wie auch für eine qualitative Intensivierung der Verkehrslärmkontrollen durch die kantonalen Vollzugsbehörden vorgesehen.

Zudem werden auf Verordnungsstufe mehrere Massnahmen vorgeschlagen:

- Der Einbau eines Ersatzschalldämpfers soll Fahrzeuge wie Motorräder, die nicht unter das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen der Schweiz und der EU (MRA) fallen, nicht lauter machen dürfen, als es für die Serienproduktion des betreffenden Modells nachgewiesen wurde. Dies, auch wenn das Fahrzeug mit dem neuen Schalldämpfer die geltenden Grenzwerte in der Schweiz noch einhalten würde.

- Fahrzeuge, an welchen mehrmals Manipulationen bezüglich des Geräuschverhaltens durch die Polizei nachgewiesen werden, sollen über einen Zeitraum von zwei Jahren fünf Mal zur Nachprüfung aufgeboten werden. Das mehrfache Aufgebot innerhalb dieser Frist soll bewirken, dass unerlaubte Manipulationen nicht unmittelbar nach einer Nachprüfung durch die Fahrzeughalterin oder den Fahrzeughalter wieder vorgenommen werden.
- Die Verhaltensweisen, welche in Artikel 33 VRV als Erzeugung von vermeidbarem Lärm nicht abschliessend gelistet sind und bereits heute sanktioniert werden können, sind seit dem Jahr 1963 unverändert. Der Beispielkatalog wird modernisiert und gewisse weitere Tätigkeiten, die unnötigen Lärm verursachen, werden im Katalog ausdrücklich erwähnt. Die unerlaubten Verhaltensweisen werden weiterhin vergleichsweise abstrakt beschrieben und nicht abschliessend aufgezählt. Die explizite Erwähnung der neuen, nicht abschliessenden Tatbestände soll die Vollzugsbehörden unterstützen, die entsprechenden Verhaltensweisen zu sanktionieren.
- Für lärmrelevante Fahrzeugmanipulationen und das Erzeugen von unnötigem Lärm durch das Fahrverhalten sollen die Ordnungsbussentatbestände erweitert werden. Der heutige Handlungsspielraum der Vollzugsbehörden bei der Beurteilung von Lärmdelikten soll jedoch möglichst nicht eingeschränkt werden, indem (zu) viele neue Tatbestände in die Ordnungsbussenverordnung (OBV) eingeführt werden. Dies, weil bei Ordnungsbussenverfahren Administrativmassnahmen wie die Verwarnung oder ein Führerausweisentzug ausgeschlossen sind. Die Motion 20.4339 fordert einfachere (Ordnungsbusse) und härtere Sanktionen zugleich. Die vorgeschlagene Neuregelung konzentriert sich deshalb darauf, einige vergleichsweise leicht feststellbare Manipulationen und oft zu beobachtende Verhaltensweisen, die unnötigen Lärm verursachen, in einem Ordnungsbussen-Tatbestand zu regeln.

1.3 Vernehmlassungsverfahren

Der Bundesrat hat das Verfahren zur Vernehmlassung 2022/82 am 9. Dezember 2022 eröffnet. Eingeladen wurden die Kantone, interkantonale Konferenzen und Organisationen, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte, Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere Verbände, Organisationen und interessierte Kreise. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 23. März 2023. Den Adressaten der Vernehmlassung standen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Begleitschreiben zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Vernehmlassungsvorlagen: Änderung des Strassenverkehrsgesetz (E-SVG), der Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (E-SKV), der Verkehrsregelnverordnung (E-VRV), der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (E-VTS) und der Ordnungsbussenverordnung (E-OBV)
- Erläuternder Bericht
- Adressatenliste
- Fragebogen

Die Vernehmlassungsunterlagen sind auf der Webseite der Bundeskanzlei verfügbar: *www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2022 > UVEK > Vernehmlassung 2022/82.*

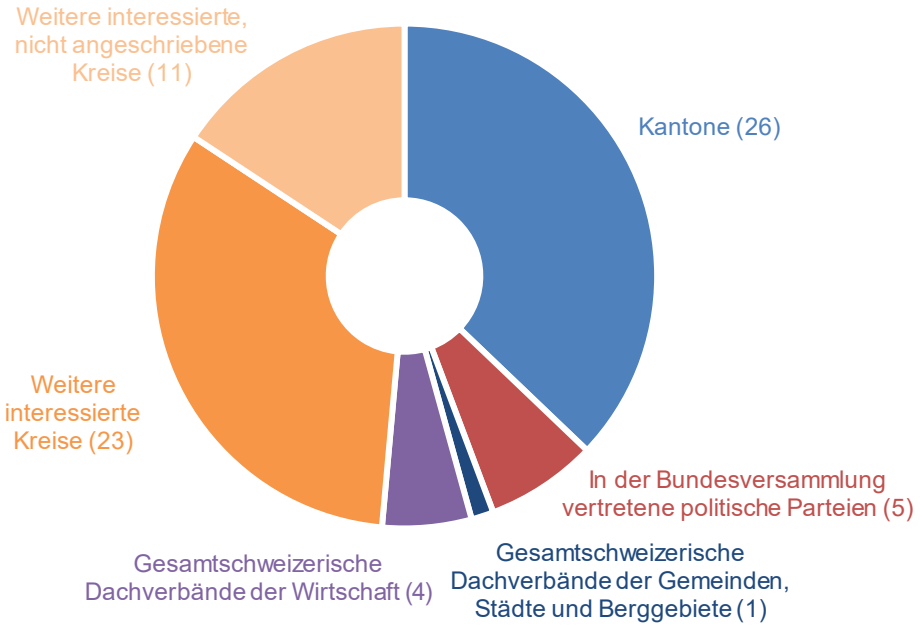
2 Stellungnahmen

2.1 Eingegangene Stellungnahmen

Für die Vernehmlassung wurden insgesamt 158 Adressatinnen und Adressaten eingeladen ihre Stellungnahme zur Vorlage zur Umsetzung der Motion 20.4339 UREK-N («Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren» einzureichen (Kantone, politische Parteien, Dachverbände und weitere interessierte Kreise). 59 der 158 Eingeladenen haben eine Stellungnahme eingereicht, u. a. sämtliche 26 Kantone und 5 in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien. 99 der 158 Eingeladenen haben keine Stellungnahme eingereicht, wovon drei ihren Verzicht dem ASTRA gemeldet haben. Zusätzlich zu den 59 Stellungnahmen der angeschriebenen Adressaten sind weitere 11 Stellungnahmen von Organisationen und interessierten Kreisen eingegangen.

Für die einfachere Interpretation der Ergebnisse werden die 70 Teilnehmenden einerseits nach Adressatenliste des ASTRA (Abb. 1) und andererseits nach thematischen Gruppen (Abb. 2) gegliedert.

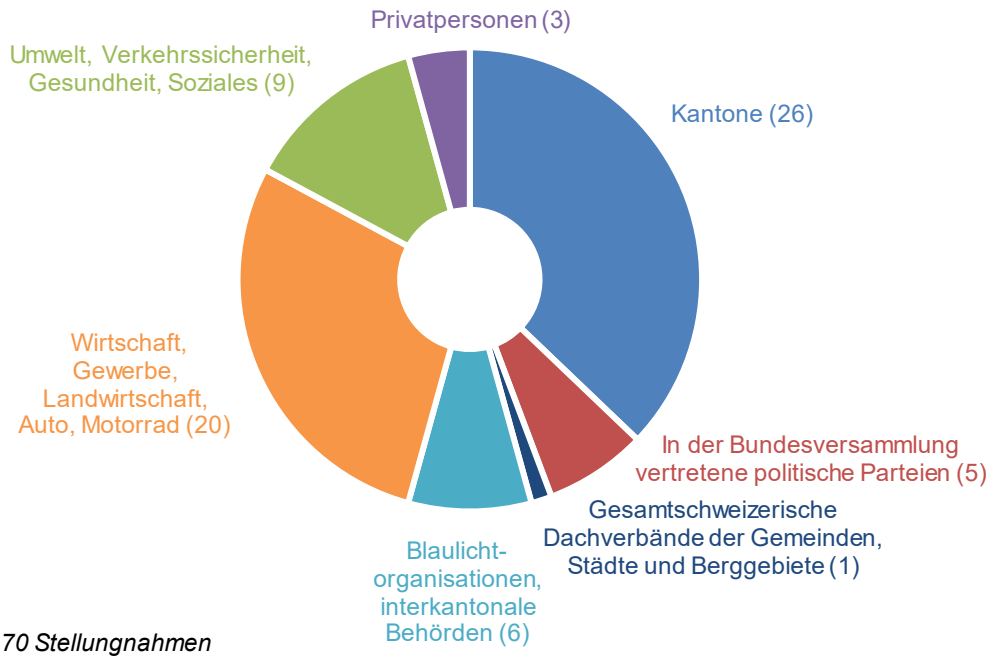
Abb. 1 Eingegangene Stellungnahmen: Teilnehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Bei den «Teilnehmenden nach thematischen Gruppen» (Abb. 2) zählen zur Kategorie «Blaulichtorganisationen, interkantonale Behörden» u. a. die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (ASA) und die Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Lichtenstein (ACVS). Zur Kategorie «Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft, Auto, Motorrad» zählen u. a. die 4 nationalen Dachverbände economiesuisse, Gewerkschaftsbund (SGB), Gewerbeverband (sgv) und Bauernverband sowie weitere Verbände wie Touring Club Schweiz (TCS), Automobilclub der Schweiz (ACS), IG Motorrad, AutoSchweiz, MotoSuisse, Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS) und Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS). Zur Kategorie «Umwelt, Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales» zählen u. a. der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU), die Lärmliga Schweiz, die Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung (EKLB) und die Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen (VASOS). Eine vollständige Auflistung der Teilnehmenden mit der jeweiligen Zuteilung zu den Adressaten und den thematischen Gruppen ist im Anhang zu finden.

Abb. 2 Eingegangene Stellungnahmen: Teilnehmende nach thematischen Gruppen



n = 70 Stellungnahmen

Die Stellungnahmen wurden in Form eines Fragebogens und/oder von Begleitschreiben eingereicht. Der Fragebogen ist anhand der vorgeschlagenen Gesetzes- und Verordnungsänderungen strukturiert und umfasst 28 Fragen. Er besteht aus einem qualitativen Frageraster mit quantitativem Antwortteil, bei dem «Ja» oder «Nein» oder «keine Stellungnahme / nicht betroffen» angekreuzt werden konnte. Teilweise haben die Teilnehmenden ihre Anliegen nur mit Fragebogen, nur mit einem Begleitschreiben (ohne Fragebogen) oder mehrfach eingebracht (z.B. Fragebogen und Begleitschreiben).

2.2 Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen

Die Mehrheit der Teilnehmenden hat den quantitativen Teil des Fragebogens ausgefüllt (vgl. Kapitel 3). Für die Teilnehmenden, die den Fragebogen nicht eingereicht haben (u. a. die vier Parteien FDP, GRÜNE, Mitte und SVP), wurde anhand ihrer Anmerkungen in den Begleitschreiben der quantitative Teil im Fragebogen sinngemäss und soweit wie möglich ergänzt.

Nebst den quantitativen Angaben im Fragebogen konnten zu den einzelnen Fragen Bemerkungen und Änderungsanträge formuliert werden und allgemeine Anliegen zur Vernehmlassung angemerkt werden. Die Auswertung der 1’527 eingegangenen bzw. erfassten Bemerkungen und Änderungsanträge erfolgte in einem mehrstufigen Prozess, wobei sämtliche Inputs möglichst einheitlich interpretiert und zu insgesamt 407 «zentralen Aussagen» kondensiert wurden (vgl. Kapitel 3). In diesen «zentralen Aussagen» werden inhaltlich gleichartige Stellungnahmen verschiedener Teilnehmender sinngemäss wiedergegeben. Teilweise sind «zentrale Aussagen» inhaltlich identisch, dies wenn sie sowohl von Teilnehmenden mit grundsätzlicher Zustimmung wie auch von Teilnehmenden mit grundsätzlich ablehnender Haltung oder wenn sie bei mehr als einer Frage genannt wurden. Insgesamt umfassen die 407 zentralen Aussagen 289 unterschiedliche Aussagen.

Mit den «zentralen Aussagen» entsteht eine verhältnismässige und transparente Übersicht der heterogenen Stellungnahmen. Der genaue Wortlaut der einzelnen Stellungnahmen kann im Dokument «Stellungnahmen» der Vernehmlassungsunterlagen entnommen werden. Diese sind auf der Webseite der Bundeskanzlei verfügbar: *www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2022 > UVEK > Vernehmlassung 2022/82 > Stellungnahmen.*

3 Einschätzung der Verordnungsvorlagen

Die Struktur der Auswertung orientiert sich am Fragekatalog der Vernehmlassung. Die Auswertungen umfassen jeweils:

- Abbildungen zur grundsätzlichen Einschätzung (Zustimmung, Ablehnung, keine Stellungnahme)
- Auflistung der einzelnen Teilnehmenden nach deren Einschätzung (Zustimmung, Ablehnung)
- Zentrale Aussagen mit den jeweils zugeordneten Teilnehmenden

Die grundsätzliche Einschätzung umfasst nebst der Gesamtheit aller Stellungnahmen jeweils auch eine Aufgliederung nach Adressatenliste und nach thematischen Gruppen der Teilnehmenden.

Bei der «Beurteilung» sind zuerst jeweils sämtliche Teilnehmende aufgelistet, die der entsprechenden Frage grundsätzlich zugestimmt oder die Frage grundsätzlich abgelehnt haben. Anschliessend sind zu jeder Frage die als «zentrale Aussagen» zusammengefassten Bemerkungen der Teilnehmenden aufgeführt. Die Kantone sind jeweils in blauer und die politischen Parteien in roter Schrift hervorgehoben.

Die «zentralen Aussagen» geben inhaltlich ähnliche Bemerkungen und Forderungen sinngemäss und zusammenfassend wieder. Die Aussagen entsprechen somit nicht immer dem genauen Wortlaut der jeweiligen Vernehmlassungseingaben und beispielhafte Aufzählungen und Begründungen treffen nicht immer für alle Teilnehmenden vollumfänglich zu. Der genaue Wortlaut der jeweiligen Vernehmlassungseingaben kann dem Dokument «Stellungnahmen» entnommen werden (vgl. Kap. 2.2).

Unter «Anmerkung» sind die «zentralen Aussagen» der Teilnehmenden aufgelistet, die sich zur entsprechenden Frage nicht explizit zustimmend oder ablehnend geäussert haben. Die «Anträge» umfassen die konkreten Vorschläge für Gesetzes- und Verordnungstexte. Die konkreten Änderungsvorschläge sind jeweils in roter Schrift hervorgehoben.

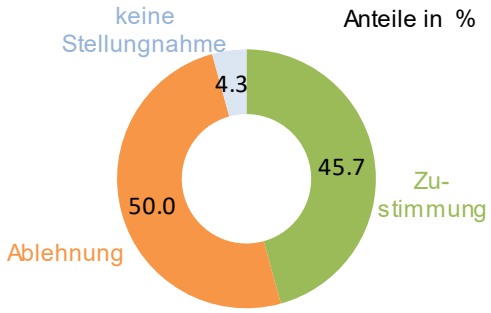
Eine Auflistung aller Teilnehmenden mit Abkürzung und voller Bezeichnung sowie mit deren jeweiligen Zuteilung zu den Adressaten und den thematischen Gruppen ist im Anhang zu finden.

3.1 Anpassung von zwei Artikeln des Strassenverkehrsgesetzes und Teilrevision von vier Verordnungen

3.1.1 Grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage (Frage 1)

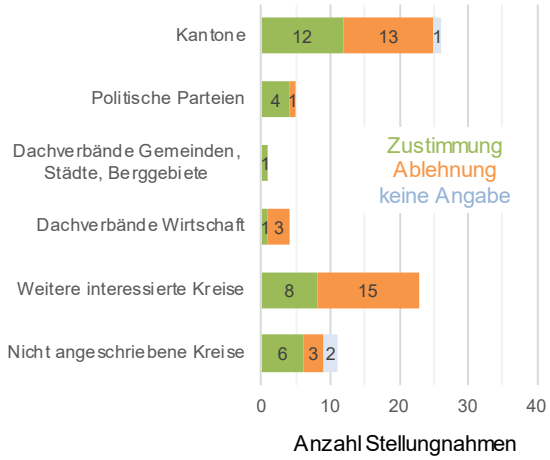
1. Sind Sie grundsätzlich mit dem Vorschlag zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember, 1958 (SVG), der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS), der Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962 (VRV), der Ordnungsbussenverordnung vom 16. Januar 2019 (OBV) und der Strassenverkehrskontrollverordnung vom 28. März 2007 (SKV) einverstanden?

Grundsätzliche Einschätzung



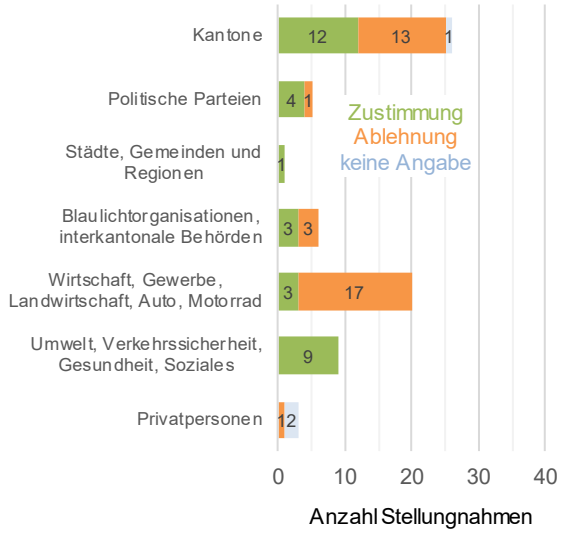
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert)

BE, LU, OW, GL, FR, SO, TG, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, FDP, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, AefU, Alpen-Initiative, BFU, EKLB, KAPO OW, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, RWU, SVSP, TCS, VASOS, VCS

1.101	Ordnungsbussentatbestände sollen weniger stark ausgebaut werden (Begründungen: Spielraum für ordentliche bzw. Administrativverfahren erhalten, präventive Wirkung erhalten, keine Ordnungsbussen bei schweren Delikten, keine Ordnungsbussen bei technischen Abänderungen, Fahrzeugmanipulation gegenüber heute nicht besserstellen).	BE, LU, SO, TG, VD, VS, SSV (Städte), BFU, KSSD, SVSP
1.102	Vorlage soll kritisch überprüft bzw. teilweise angepasst werden (z. B. stärkere Sanktionierung, durchsetzbare Massnahmen, Fokus auf Zielgruppe Auto-Poser).	LU, OW, SO, TG, VD, VS, Mitte, FDP, Grüne, SSV (Städte), KAPO OW, KSSD, Lärmliga, SVSP
1.103	Bund soll Dezibel-Grenzwerte festlegen und Grundlage für beweissicheres Lärmmessverfahren (Einsatz von Lärmblitzern) schaffen.	Grüne, SSV (Städte), Alpen-Initiative, EKLB, KSSD, Lärmliga, SVSP, VCS
1.104	Vollzug der Massnahmen soll vereinfacht werden (Konkretisierung von Tatbeständen und Grenzwerten nötig, Aufwand technischer Abklärungen zu gross für einfache Verkehrskontrollen, Beweisführung für einige Delikte nicht möglich).	OW, TG, VD, VS, AefU, BFU, Lärmliga
1.105	Lärm von legal zugelassenen Fahrzeugen (Grundübel) wird mit Vorlage nicht bekämpft.	LU, VS, KSSD, SVSP
1.106	Potenzial für Lärmreduktion durch Weiterentwicklung von Fahrzeugen, Einsatz moderner Technik und Unterbindung künstlicher Motorengeräusche (sofern Sicherheit gewährt) soll genutzt werden.	L-Drive, RoadCross
1.107	Lärmsteigernde Fahrzeugänderungen sollen auch unterhalb Lärmgrenzwerte verboten werden.	SO
1.108	Ordnungsbussen (CHF 80) verfehlen präventive Wirkung. Bestrafung soll strenger ausfallen (Erhöhung Busse und/oder zusätzliche Massnahmen).	SO
1.109	Strikte Anwendung des geltenden Art. 221 Abs. 3 und 4 VTS (Beschlagnahme und allenfalls Vernichtung von Fahrzeugen, Bauteilen etc.) wäre ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Lärmbelästigung.	VD
1.110	Verschärfungen bezüglich Zulassung und Verkauf von lärmsteigernden Ersatzteilen sollen auf Fahrzeuge, die vor Inkraftreten inverkehrgebracht wurden ausgedehnt werden (Anpassung Übergangsbestimmungen).	VD
1.111	Sämtliche in Art. 33 VRV aufgeführten Tatbestände sollen auch im Bussenkatalog der OBV aufgenommen werden.	VS
1.112	Bund soll Kampagne lancieren, die Anpassungen bekannt macht.	JU
1.113	Reduktion von Verkehrslärm erhöht auch Verkehrssicherheit (Zusammhang von mehr Verkehrslärm und höherer Geschwindigkeit).	BFU
1.114	Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene soll vorangetrieben werden (Lärmbekämpfung an der Quelle, Kostendeckung durch Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA), um damit insbesondere die Alpenkantone (höhere Lärmstrahlung, Spielplatz für motorisierte Fahrzeuge) von Verkehrslärm entlasten.	Alpen-Initiative
1.115	Vorlage soll um Vorschriften für akustische Warnsysteme bei E-Fahrzeugen (AVAS) ergänzt werden.	AefU, Alpen-Initiative, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, VCS
1.116	Rollgeräusche sollen reduziert werden	RWU
1.117	Die rechtlichen Grundlagen für die Kontrolle von Motorsteuergeräten sollen geschaffen werden.	KSSD

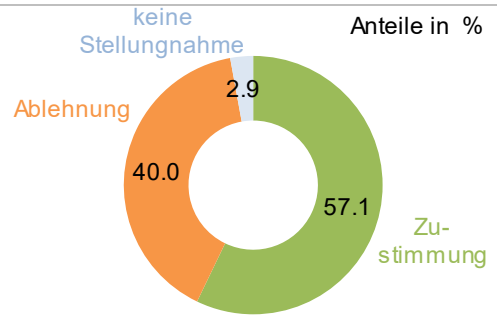
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, UR, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ACVS, AGVS, ASA, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, KKPKS, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS		
1.201	Bestehendes rechtliches Instrumentarium und bestehende Motorfahrzeugkontrolle sind ausreichend um Verursachen von unnötigem Verkehrslärm zu sanktionieren (Begründungen: Vorlage ist unverhältnismässig und zielt auf Gesamtbevölkerung statt «Auto-Poser» ab, keine rückwirkenden technische Verbote aussprechen, Massnahmen teilweise nicht umsetzbar).	AG, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), SBV (Bauern), 2rad, ACS, CP, FMS, FRS, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS
1.202	Ordnungsbussentatbestände sollen weniger stark ausgebaut werden (Begründungen: Spielraum für ordentliche bzw. Administrativverfahren erhalten, präventive Wirkung erhalten, keine Ordnungsbussen bei schweren Delikten, keine Ordnungsbussen bei technischen Abänderungen, Fahrzeugmanipulation gegenüber heute nicht besserstellen).	ZH, UR, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, ACVS, ASA, KKPKS
1.203	Vollzug der Massnahmen soll vereinfacht werden (Konkretisierung von Tatbeständen und Grenzwerten nötig, Aufwand technischer Abklärungen zu gross für einfache Verkehrskontrollen, Beweisführung für einige Delikte nicht möglich).	SZ, NW, ZG, BL, AR, AI, SG, GR, ACVS, ASA, G2M, IGMotorrad
1.204	Ordnungsbussen (CHF 80) verfehlen präventive Wirkung. Bestrafung soll strenger ausfallen (Erhöhung Busse und/oder zusätzliche Massnahmen).	ZH, SZ, NW, ZG, SH, AR, AI, SG, GR, ACVS, ASA, KKPKS
1.205	Bund soll Dezibel-Grenzwerte festlegen und Grundlage für beweissicheres Lärmmessverfahren (Einsatz von Lärmblitzern) schaffen.	UR, NW, BS, AR, AI, SG, GR, ACVS, KKPKS
1.206	Lärm von legal zugelassenen Fahrzeugen (Grundübel) wird mit Vorlage nicht bekämpft.	UR, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, GR, ASA
1.207	Sensibilisierungsarbeit im Bereich Lärm soll weitergeführt werden.	FMS, MotoSuisse, SAM
1.208	Vorlage soll kritisch überprüft bzw. teilweise angepasst werden (z. B. stärkere Sanktionierung, durchsetzbare Massnahmen, Fokus auf Zielgruppe Auto-Poser).	ACS, AGVS, AutoSchweiz
1.209	Ausweisentzug soll bereits bei der ersten Widerhandlung möglich sein.	NW, ACVS
1.210	Landwirtschaftlich eingesetzte Fahrzeuge mit gültiger Verkehrszulassung sollen von geplanten Massnahmen ausgenommen werden.	SBV (Bauern), Lohnunternehmer, SVLT
1.211	Meldungspflicht an die Zulassungsbehörde bei unerlaubten Manipulationen beim Geräuschverhalten von Fahrzeugen (Art. 38 E-SKV) soll nicht eingeführt werden.	FMS
1.212	Die rechtlichen Grundlagen für die Kontrolle von Motorsteuergeräten sollen geschaffen werden.	NW, AI, SG, ACVS
Anmerkungen		
1.301	Vorlage soll kritisch überprüft bzw. teilweise angepasst werden.	TI
1.302	Ordnungsbussentatbestände sollen weniger stark ausgebaut werden.	TI
1.303	Vollzug der Massnahmen soll vereinfacht werden (Konkretisierung von Tatbeständen und Grenzwerten nötig).	TI
1.304	Fahren von Motorrädern mit Zweitaktmotoren soll eingeschränkt bzw. verboten werden.	TI
Anträge		
1.401	Antrag Art. 38 E-SKV (anpassen): «Die Polizei meldet der Zulassungsbehörde Fahrzeuge, die bei Unfällen starke Schäden erlitten haben oder bei Kontrollen erhebliche Mängel wie z.B. unerlaubte Änderungen, die das Geräuschverhalten beeinflussen, aufwiesen.»	AGVS, AutoSchweiz

3.2 Verwarnung oder Entzug des Lernfahr- oder Führerausweises wegen Erzeugens von vermeidbarem Lärm

3.2.1 Leichte Widerhandlung (Frage 2)

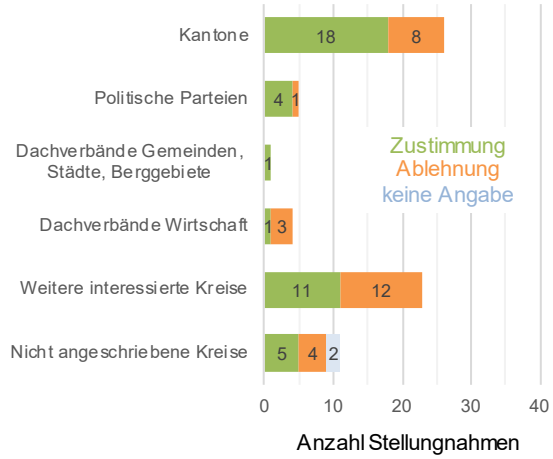
2. Sind Sie damit einverstanden, dass Fahrzeugführende, die vermeidbaren Lärm erzeugen, eine leichte Widerhandlung begehen und somit als Ersttäter verwarnt und als Wiederholungstäter mit einem Ausweisentzug von mind. 1 Monat sanktioniert werden (Art. 16a Abs. 1 Bst. d E-SVG)?

Grundsätzliche Einschätzung



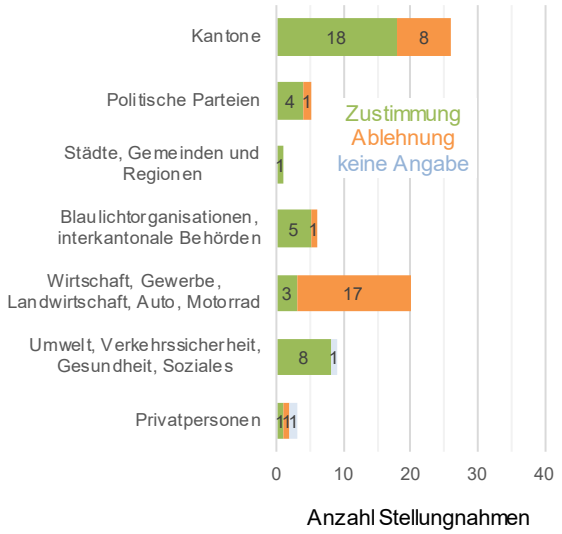
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VS, GE, Mitte, FDP, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, BFU, EKLB, Enderli, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
2.101	Erzeugen von vermeidbarem Lärm soll mit administrativrechtlichen Massnahmen (Verwarnungen bzw. Führerausweisentzug) geahndet werden können. Massnahmen stehen aber im Widerspruch zur Ausdehnung der Ordnungsbussentatbestände (einfachere Sanktionierung ohne Registrierung von Erst- bzw. Wiederholungstäterschaft).	ZH, UR, SZ, NW, GL, ZG, SH, AR, AI, SG, GR, VS, FDP, Grüne, SSV (Städte), ACVS, ASA, BFU, KKPKS, KSSD, SVSP
2.102	Umsetzung Warnungsmassnahmen bedingt rechtskräftigen Strafentscheid, vorher besteht Rechtsunsicherheit (unbestimmte Rechtsbegriffe, Beweisbarkeit von subjektiv durch Polizei festgestellte Sachverhalte).	UR, SZ, ZG, AR, GR, VS, ASA
2.103	Anwendung Administrativmassnahmen bei vermeidbarem Lärm erfordert deutliche Ausdehnung des Gefährdungsbegriffs.	BS, KKPKS
2.104	Bei schweren Vergehen soll obligatorischer Ausweisentzug geprüft werden.	BL
2.105	Vollzugsbehörden sollen bei Umsetzung Augenmass bewahren (kein Generalverdacht für alle Fahrzeuglenkende).	TCS
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) BE, LU, SO, AG, TI, VD, NE, JU, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, KAPO OW, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS		
2.201	Administrativmassnahmen (Führerausweisentzug, Verwarnung) sollen nur bei Gefährdung der Verkehrssicherheit getroffen werden (Lärm ist sachfremder Tatbestand).	LU, SO, AG, TI, JU, economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, IGMotorrad, MotoSuisse, SAM, VFAS
2.202	Wegen einer Minderheit der Verkehrsteilnehmenden sollen keine derartigen Tatbestände eingeführt werden (Verursachen von unnötigem Lärm kann schon heute verzeigt werden, nur absichtlich verursachter Lärm soll geahndet werden).	economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz, FRS, VFAS
2.203	Berufsfahrende sollen durch Regelungen nicht unverhältnismässig zu Schaden kommen (z.B. Führerausweis wegen unsachgemässer Wartung).	economiesuisse, SGV (Gewerbe), AGVS, AutoSchweiz, FRS, VFAS
2.204	«Vermeidbarkeit» von Lärm ist nicht objektiv feststellbar bzw. schwer beweisbar (kann zu fragwürdigen Sanktionen führen).	VD, NE, SVP, IGMotorrad, KAPO OW, Stöckli
2.205	Ordnungsbussenverfahren sollen nur bei Bagatelldelikten zur Anwendung kommen, vorsätzliche bzw. schwere Vergehen sollen im ordentlichen Verfahren bzw. administrativrechtlich geahndet werden.	LU, SO, VD, JU, IGMotorrad, KAPO OW
2.206	Administrativmassnahmen stehen im Widerspruch zur Ausdehnung der Ordnungsbussentatbestände (einfachere Sanktionierung ohne Registrierung von Erst- bzw. Wiederholungstäterschaft).	LU, TI, KAPO OW
2.207	Möglichkeit für Ausweisentzug bei Ersttat soll geprüft werden.	BE
Anträge		
2.401	Antrag Art. 16a Abs. 1 Bst. d E-SVG (anpassen): «Eine leichte Widerhandlung begeht, wer: d. als Fahrzeugführer absichtlich übermässigen vermeidbaren Lärm, nach Massgabe von Art. 33 Bst. b und g der Verkehrsregelnverordnung, erzeugt».	AGVS, AutoSchweiz
2.402	Antrag Art. 16a Abs. 1 Bst. d E-SVG (anpassen): «Eine leichte Widerhandlung begeht, wer: d. als Fahrzeugführerin oder Fahrzeugführer während einer privaten Fahrt auf einer Strasse mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h oder weniger absichtlich vermeidbaren Lärm im Sinne von Artikel 33 Bst. b oder g VRV erzeugt.»	SAM

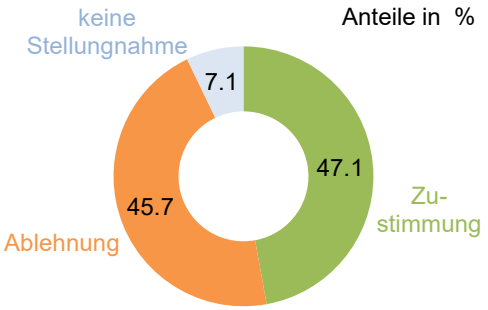
2.403	Antrag Art. 16a Abs. 1 Bst. d E-SVG (anpassen): «Eine leichte Widerhandlung begeht, wer: d. als Fahrzeugführerin oder Fahrzeugführer während einer privaten Fahrt auf einer Strasse mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h oder weniger absichtlich vermeidbaren Lärm im Sinne von Artikel 33 Bst. b oder g VRV erzeugt; geprüfte Veteranenfahrzeuge (Code 180) sind ausgeschlossen.»	FRS

3.3 Finanzielle Unterstützung zur Intensivierung von Verkehrslärmkontrollen

3.3.1 Bundesbeitrag Kontrollkosten (Frage 3)

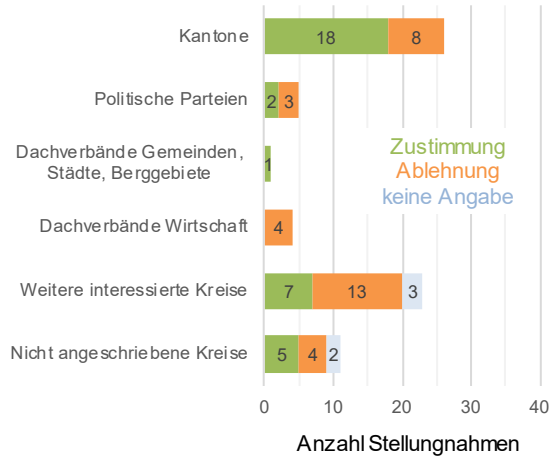
3. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund eine Intensivierung von Verkehrslärmkontrollen durch die kantonalen Vollzugsbehörden finanziell unterstützen kann (Art. 53b E-SVG und Art. 5a Abs. 1 und 2 E-SKV)?

Grundsätzliche Einschätzung



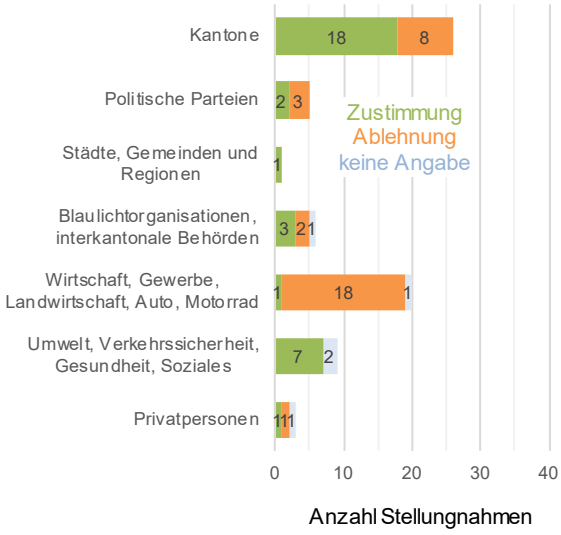
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

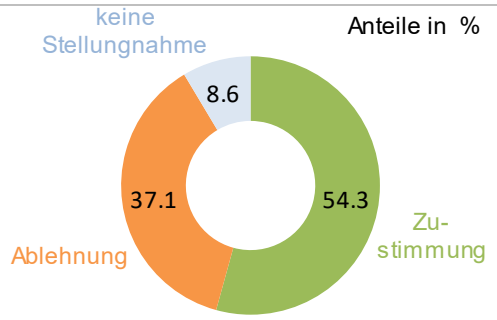
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, GL, FR, SO, BS, BL, AR, SG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Grüne, SP, SSV (Städte), ACVS, AefU, Alpen-Initiative, BFU, EKLB, Enderli, KSSD, Lärmliga, L-Drive, SVSP, VASOS, VCS		
3.101	Bund soll Polizei für Mehraufwand, der durch Intensivierung der Kontrollen entsteht, finanziell abgelten.	BE, VD, GE, JU, Grüne, BFU
3.102	Beschränkung finanzieller Unterstützung auf technische Messmittel soll geprüft oder umgesetzt werden.	ZH, SSV (Städte), ACVS, KSSD, SVSP
3.103	Gesonderte Aufwandberechnung für Lärmkontrollen soll in Leistungsvereinbarung einfach bzw. praxistauglich geregelt werden.	ZH, BL, Grüne
3.104	Kann-Vorschrift zu Verkehrslärmkontrollen (Art. 53b E-SVG) steht in Widerspruch zur geplanten Formulierung im Verordnungstext, die Anspruch auf Bundesbeiträge vorsieht (soll geklärt werden).	ZH, LU, ACVS
3.105	Die Vorschriften sollen präzisiert werden (Voraussetzungen, was unter «Intensivierung» zu verstehen ist).	UR, SO, ACVS
3.106	Unterstützung für Kantone soll verursachergerecht finanziert werden (Einnahmen aus Sanktionen der Neuwageneffizienzregelung, Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds).	Grüne, Alpen-Initiative, VCS
3.107	Zusätzlicher (administrativer) Aufwand für Kantons- und Polizeibehörden soll vermieden werden.	VS, SSV (Städte), KSSD, SVSP
3.108	Auf Bedingungen für finanzielle Unterstützung (z.B. hinsichtlich Kontrollstunden, Aktionen) soll verzichtet werden.	SZ
3.109	Polizei soll Lärmblitzer einsetzen können.	GE
3.110	Nebst Repressionsmassnahmen (Kontrollen, Bussen) sollen auch Präventionsmassnahmen von Fachorganisationen und Fahraus- und -weiterbildung mitfinanziert werden.	L-Drive
3.111	Für unkomplizierte, wirksame und einheitliche Kontrolle ist eine festgelegte Lärmobergrenze erstrebenswert (z. B. 80 dB).	ACVS
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) OW, NW, ZG, SH, AI, GR, AG, TG, Mitte, FDP, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGB, SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, KAPO OW, KKPKS, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, TCS, VFAS		
3.201	Vollzug der Verkehrslärmkontrollen (Bundesrecht) ist kantonale Aufgabe, Subventionierung mit Bundesgeldern widerspricht Föderalismus.	ZG, AI, AG, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), SGB, 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, IGMotorrad, MotoSuisse, SAM, TCS, VFAS
3.202	Kann-Vorschrift zu Verkehrslärmkontrollen (Art. 53b E-SVG) steht in Widerspruch zur geplanten Formulierung im Verordnungstext, die Anspruch auf Bundesbeiträge vorsieht (soll geklärt werden).	OW, NW, SH, KAPO OW
3.203	Beschränkung finanzieller Unterstützung auf technische Messmittel soll geprüft oder umgesetzt werden.	NW, SH, AI
3.204	Bund soll Rahmenbedingungen für Vollzug attraktiver gestalten (Erfassung digitaler Fahrzeugdaten, Lärmmessungen, bessere Koordination)	GR, KKPKS
3.205	Finanzielle Fehlanreize sollen vermieden werden.	TG, Mitte
3.206	Mehraufwand für UVEK soll vermieden werden.	Mitte
3.207	Bund könnte hingegen Koordination der Kontrollmodalitäten verbessern und die technischen Möglichkeiten zur Objektivierung einer Sanktion gewährleisten.	IGMotorrad

Anmerkungen		
3.301	Nutzen und Notwendigkeit von Subventionen an die Kantone wird in erläuterndem Bericht nicht aufgezeigt.	CP
Anträge		
3.401	Antrag Art. 53b E-SVG (anpassen): «Der Bund ~~kann~~ richtet den Kantonen Beiträge für die Intensivierung der Verkehrslärmkontrollen aus~~richten~~.»	LU, OW, KAPO OW
3.402	Antrag Art. 53c E-SVG (ergänzen): *Deutsch:* Vorrichtungen zur Messung des Strassenlärms (Lärmblitzer): «Der Bund unterstützt die Kantone bei der Forschung, Entwicklung und Einführung von Vorrichtungen zur Messung des Strassenlärms. Das BAFU erlässt nach Rücksprache mit dem ASTRA Richtlinien für den Einsatz dieser akustischen Vorrichtungen.» *Französisch (original):* Dispositifs de contrôle du bruit routier : «La confédération soutient les cantons dans la recherche, le développement et la mise en place de dispositifs de mesure du bruit routier. L'OFEV édicte des directives sur l'utilisation desdits dispositifs acoustiques, après avoir consulté l'OFROU.»	GE

3.3.2 Bundesbeitrag Kontrollmittel und Infrastruktur (Frage 4)

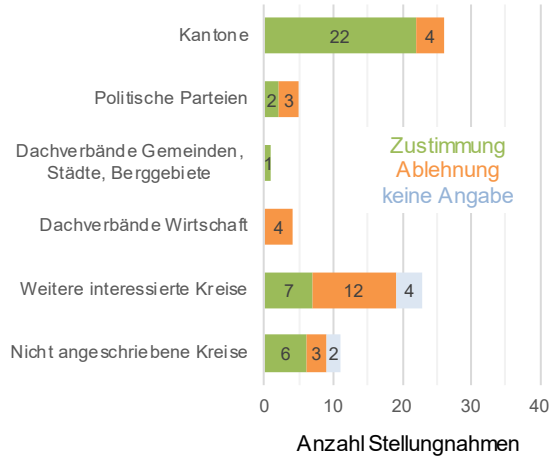
4. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Intensivierung der Verkehrslärmkontrollen neben der Finanzierung von Kontrollstunden (Personalkosten) auch Beiträge an Kontrollmittel und Infrastruktur entrichtet werden können (Art. 53b E-SVG und Art. 5a Abs. 1 und 2 E-SKV)?

Grundsätzliche Einschätzung



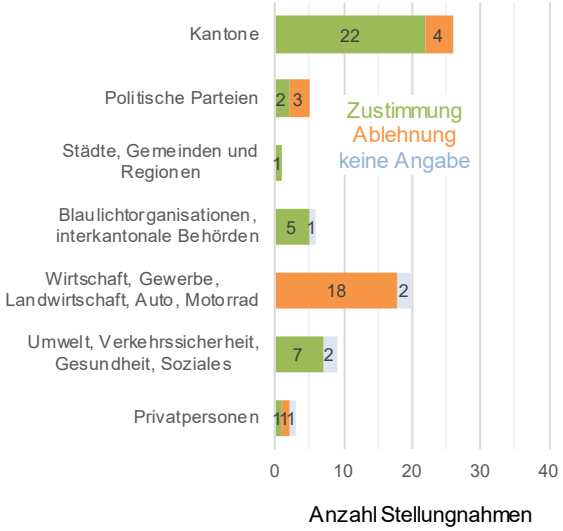
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

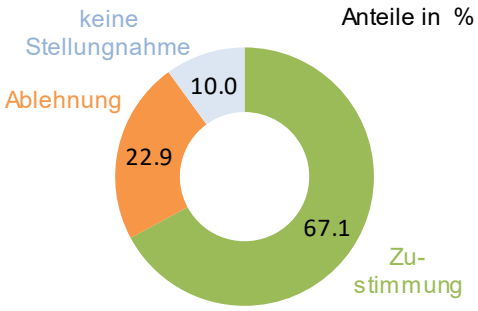
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, AR, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Grüne, SP, SSV (Städte), ACVS, AefU, Alpen-Initiative, BFU, EKLB, Enderli, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, SVSP, VASOS, VCS		
4.101	Bund soll Kantone bei Beschaffung von (rechtsgenügenden und einheitlichen) Kontrollmitteln unterstützen.	BE, LU, UR, OW, NW, SO, SG, GR, Grüne, ACVS, BFU, KAPO OW, Lärmliga
4.102	Beschränkung finanzieller Unterstützung auf technische Messmittel soll geprüft oder umgesetzt werden.	NW, SG
4.103	Bund soll Rahmenbedingungen für Vollzug attraktiver gestalten (Erfassung digitaler Fahrzeugdaten, Lärmmessungen, Koordination)	GR, KKPKS
4.104	Kann-Vorschrift zu Verkehrslärmkontrollen (Art. 53b E-SVG) steht in Widerspruch zur geplanten Formulierung im Verordnungstext, die Anspruch auf Bundesbeiträge vorsieht.	NW, SG
4.105	Gesetzgebung soll präzisier vorgeben, welche Leistungen bzw. Instrumente vom Bund finanziell unterstützt werden können. Auch die Anschaffung von Leistungsprüfständen soll gefördert werden.	VD
4.106	Bund soll Grundlage für beweissicheres Lärmmessverfahren (Einsatz von Lärmblitzern) schaffen.	Grüne
4.107	Unterstützung für Kantone soll verursachergerecht finanziert werden (Einnahmen aus Sanktionen der Neuwageneffizienzregelung, Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds).	Grüne
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZG, SH, AI, AG, Mitte, FDP, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), SGB, 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, TCS, VFAS		
4.201	Vollzug der Verkehrslärmkontrollen (Bundesrecht) ist kantonale Aufgabe, Subventionierung mit Bundesgeldern widerspricht Föderalismus.	ZG, AI, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, IGMotorrad, MotoSuisse, SAM, VFAS
4.202	Auf gesetzliche Grundlage für Einsatz von Lärmblitzern soll verzichtet werden.	FDP, 2rad, FMS, FRS, MotoSuisse, SAM, TCS
4.203	Lärmreduktion reicht als Motivation für schärfere Kontrollen aus, auf finanzielle Anreize für Kantone soll verzichtet werden.	Mitte
4.204	Hinweis auf angepasste Fahrweise reicht bei unabsichtlichem Überschreiten von Lärmgrenzwerten aus, auf Lärmmessung bzw. Busse oder Sanktion soll verzichtet werden.	AGVS, AutoSchweiz
4.205	Bund könnte hingegen Koordination der Kontrollmodalitäten verbessern und die technischen Möglichkeiten zur Objektivierung einer Sanktion gewährleisten.	IGMotorrad
4.206	Für «Lärmposer» sind Zeugenaussagen von drei Polizisten vor Ort ausreichend.	Stöckli

3.4 Modernisierung der Ausführungsbestimmung zu vermeidbarem Lärm

3.4.1 Reihenfolge und redaktionelle Anpassungen (Frage 5)

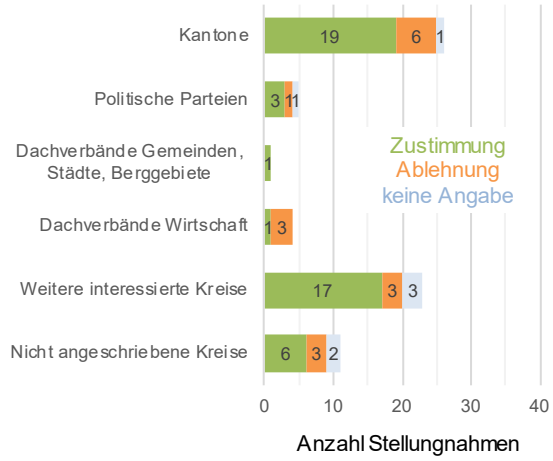
5. Sind Sie mit der neuen Reihenfolge der Aufzählung lärmverursachender Verhaltensweisen und den redaktionellen Anpassungen von Artikel 33 E-VRV einverstanden?

Grundsätzliche Einschätzung



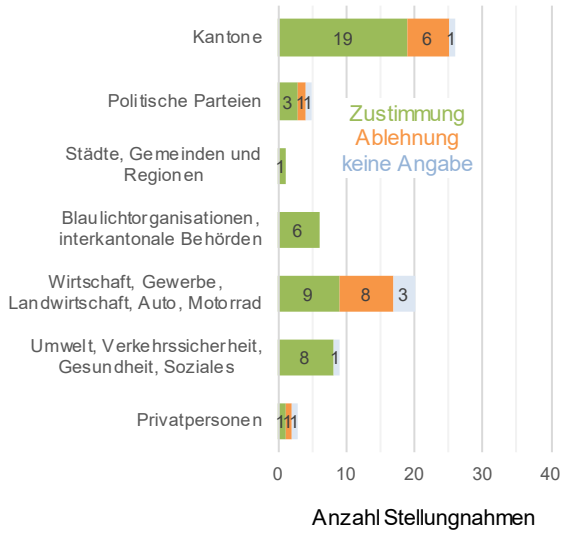
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

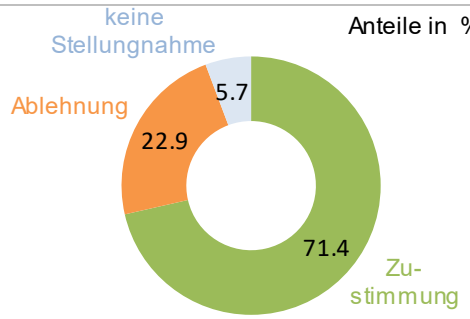
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, FR, SO, BS, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, VS, NE, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, 2rad, ACS, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, BFU, EKLB, Enderli, FMS, FRS, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, MotoSuisse, RoadCross, SAM, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
5.101	Verhaltensweisen sind mit unbestimmten Rechtsbegriffen umschrieben (was die Messbarkeit von Verstössen weiterhin problematisch macht, was zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen kann).	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, SH, AR, GR, VD, VS, NE, ASA
5.102	Lärm soll ausserhalb von Wohn- und Erholungsgebieten explizit in Art, 33 VRV verboten werden (und nicht nur durch Streichung der räumlichen Einschränkung).	SO
5.103	Gesetzestext soll Vielfalt von Antriebstechnologien wiedergeben.	SO
5.104	Liste mit «Durchdrehen lassen der Reifen» ergänzen und «Motor aufwärmen und unnötig laufen lassen» und «unnötiges Herumfahren in Ortschaften» an Ende der Liste verschieben (geringste Relevanz für Verkehrssicherheit).	BFU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) GL, ZG, BL, AG, TI, GE, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), CP, G2M, Lohnunternehmer, Stöckli, SVLT, VFAS		
5.201	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), CP, SVLT, VFAS
5.202	Verhaltensweisen sind mit unbestimmten Rechtsbegriffen umschrieben, was die Messbarkeit von Verstössen weiterhin problematisch macht (kann zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen).	ZG, BL, TI
5.203	Unnötiges Herumfahren soll auch ausserorts sanktioniert werden können.	AG
Anmerkungen		
5.301	Tatbestände sollen konkreter umschrieben werden, sonst drohen Probleme im Vollzug.	JU
Anträge		
5.401	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (anpassen): f. «…Fahren in Fahrmodi, die unnötigen Lärm verursachen~~, in Ortschaften~~;»	GL, Lärmliga
5.402	Antrag Art. 33 Bst. g VRV (beibehalten): *Deutsch:* g. «Zuschlagen von Wagentüren, Motorhauben, Kofferdeckeln und dgl.;» *Französisch (original):* g. «de claquer les portières, le capot du moteur, le couvercle du coffre, etc.;»	VD
5.403	Antrag Art. 33 VRV (anpassen): *Französisch (original):* ~~«Bruit à éviter»~~ «Bruits prohibés» (Alternativ: Titel beibehalten, aber klarstellen, dass es bestimmte Fälle gibt, die vermieden werden müssen.) *Deutsch:* «Vermeiden von Lärm» (keine Anpassung gefordert)	GE

3.4.2 Räumliche Generalisierung (Frage 6)

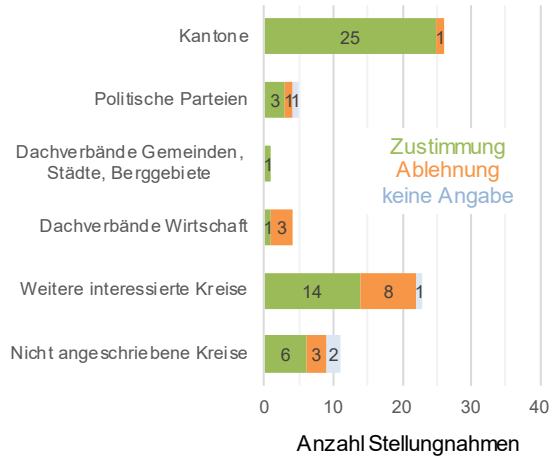
6. Sind Sie mit der Streichung der Passage «namentlich in Wohn- und Erholungsgebieten und nachts» im Einleitungssatz von Artikel 33 E-VRV einverstanden?

Grundsätzliche Einschätzung



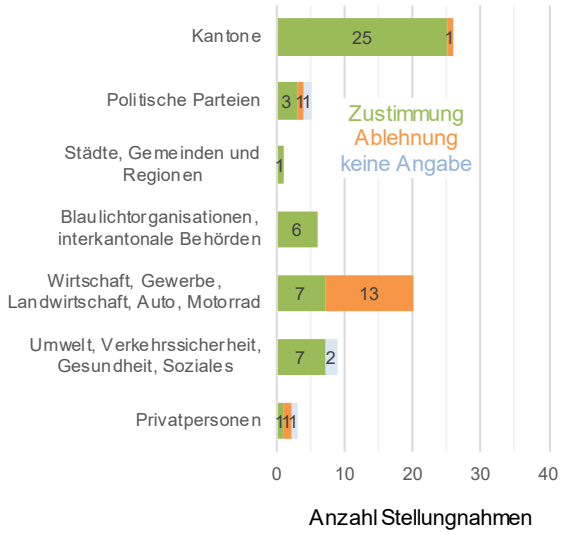
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

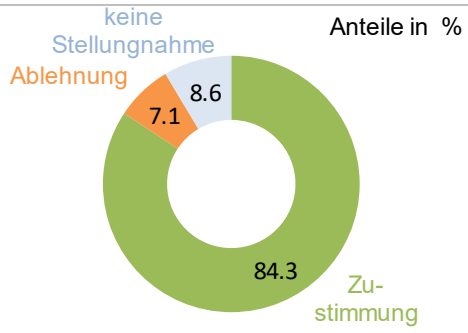
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, ACS, ACVS, AefU, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, BFU, EKLB, Enderli, FRS, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, TCS, VCS		
6.101	Diskussionen um Begriff «innerorts» bzw. missbräuchliche Auslegung des Begriffs sollen vermieden werden.	BL, GR, KKPKS
6.102	Geltungsbereich soll im Vollzug verhältnismässig ausgelegt werden.	VS
6.103	Ahndung soll sich nicht auf Wohn- und Erholungsgebiete beschränken (Lärm kann überall stören).	AGVS, AutoSchweiz
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) AG, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, CP, FMS, G2M, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS		
6.201	Fokus soll auf Siedlungsgebiet gelegt werden, da Verkehrslärm vor allem im Siedlungsgebiet störend ist (Ausweitung Geltungsbereich ist nicht verhältnismässig).	economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, FMS, G2M, MotoSuisse, SAM, VFAS
6.202	Hervorhebung von Wohn- und Siedlungsgebieten bei Nacht, schliesst nicht aus, dass Lärm überall und jederzeit vermieden werden muss.	IGMotorrad
Anträge		
6.401	Antrag Art. 33 Bst. g VRV (beibehalten): *Deutsch:* g. «Zuschlagen von Wagentüren, Motorhauben, Kofferdeckeln und dgl.;» *Französisch (original):* g. «de claquer les portières, le capot du moteur, le couvercle du coffre, etc.;»	VD

3.4.3 Streichung unsachgemässe Anlassernutzung (Frage 7)

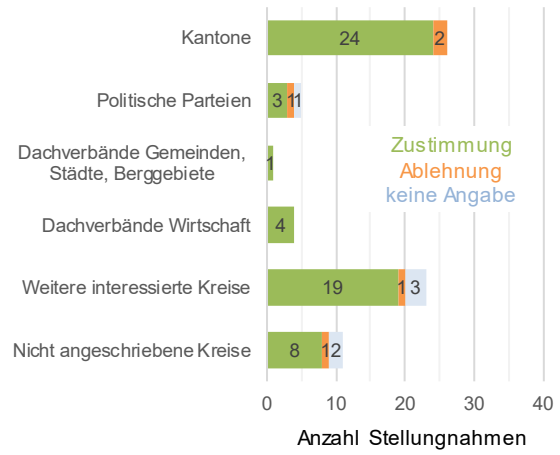
7. Sind Sie damit einverstanden, dass das andauernde, unsachgemässe Benützen des Anlassers nicht mehr in der Beispielliste lärmerzeugender Verhaltensweisen aufgeführt wird (Art. 33 Bst. a E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



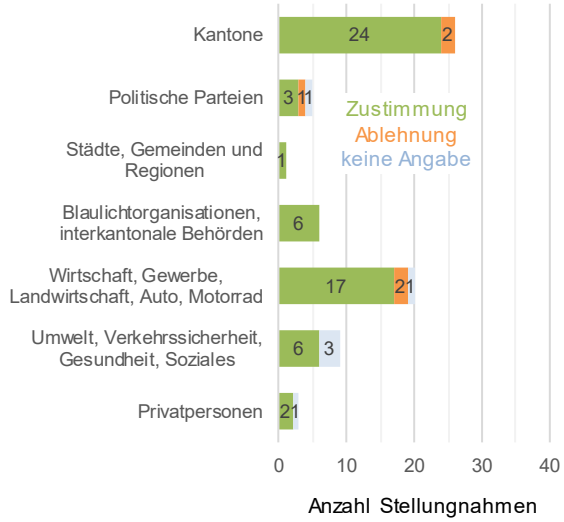
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert)

ZH, BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), SGB, 2rad, ACS, ACVS, AefU, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, Auto-Schweiz, EKLB, Enderli, FMS, FRS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, MotoSuisse, RoadCross, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, TCS, VCS, VFAS

7.101	Startvorgang kann bei neueren Fahrzeugen kaum noch von Lenkenden gesteuert werden.	BE
7.102	Verhalten kann immer noch bestraft werden, da verbotene Verhaltensweisen nicht abschliessend ausgeführt sind.	Lärmliga

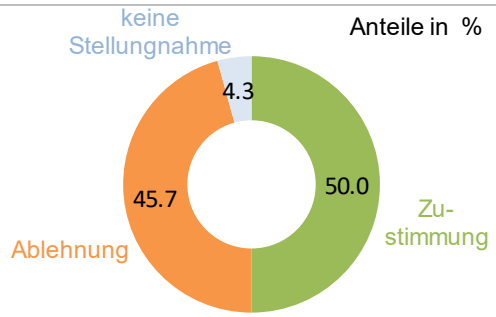
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert)

UR, AG, SVP, CP, Lohnunternehmer

3.4.4 Ergänzung schnelle Beschleunigung (Frage 8)

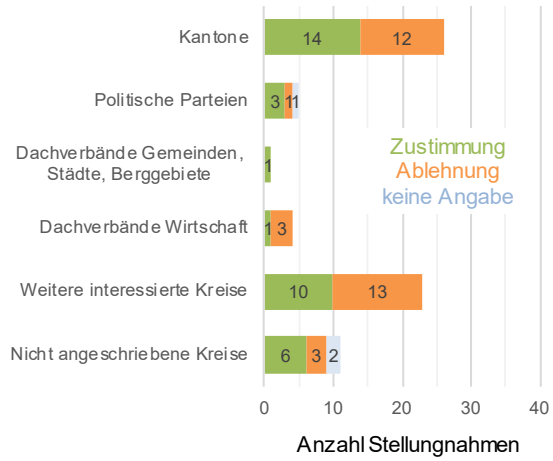
8. Sind Sie damit einverstanden, dass das zu schnelle Beschleunigen des Fahrzeugs in Kurven und Steigungen in die Beispielliste lärmerzeugender Verhaltensweisen aufgenommen wird (Art. 33 Bst. c E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



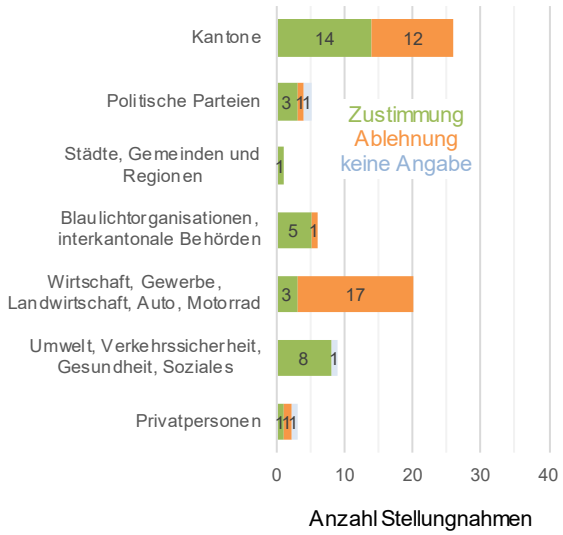
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

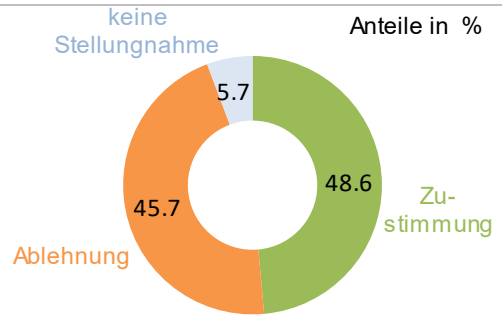
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, OW, GL, FR, BS, SG, GR, TG, VD, VS, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, BFU, EKLB, Enderli, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
8.101	Tatbestand "zu schnelles Beschleunigen" soll konkreter umschrieben werden, sonst drohen Probleme im Vollzug (Begründungen: in der Praxis sehr schwierig anzuwenden, kann zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen).	UR, FR, VD, JU, AefU
8.102	Beispiel soll entfernt oder auf Kavalierstarts (mit durchdrehenden Reifen anfahren) oder Innerortsstrecken beschränkt werden (Handhabung Begriff «zu schnell» ist ausserhalb eigentlicher Überschreitung der Höchsgeschwindigkeit kaum objektiv möglich).	LU, OW, SG, GR, VS, ACVS
8.103	Zu schnelles Beschleunigen des Fahrzeuges sollte als Nichtbeherrschen des Fahrzeuges taxiert werden (nicht nur als vermeidbare Lärmerzeugung).	TG
8.104	Tatbestand der Kavalierstarts (absichtliches Beschleunigen und Durchdrehenlassen der Reifen) soll ebenfalls aufgenommen werden.	BE
8.105	Autobahnauffahrten sollen im Sinne der Verkehrssicherheit (ungenügendes Beschleunigen) ausgenommen sein.	AefU
8.106	Es fehlen geeignete Vorkehrungen für einen effizienten Vollzug (verbotene Verhaltensweisen sind von Polizeikräften nicht einfach festzustellen).	Lärmliga
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) SZ, NW, ZG, SO, BL, SH, AR, AI, AG, TI, NE, GE, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, ASA, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS		
8.201	Beispiel soll gestrichen bzw. auf das Durchdrehen der Räder oder auf Innerortsstrecken beschränkt werden («zu schnelles» Beschleunigen, abgesehen von Überschreitung zugelassener Geschwindigkeit, nicht objektiv einschätzbar).	SZ, NW, ZG, SO, BL, SH, AR, AI, TI, NE, ASA, IGMotorrad
8.202	Stärkere Beschleunigung ist in gewissen Situationen unerlässlich (z.B. Überholmanöver, Fahrzeuge mit schwachem Motor, Sturzgefahr Zweiräder bei geringer Geschwindigkeit).	economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, G2M, IGMotorrad, SVLT, VFAS
8.203	Zu schnelles Fahren (Übertreten Höchstgeschwindigkeit) soll im Rahmen bestehender Gesetzgebung bestraft werden (keine zusätzliche Bestrafung wegen Lärmerzeugung).	SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), FMS, FRS, VFAS
8.204	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS
8.205	Tatbestand "zu schnelles Beschleunigen" soll konkreter umschrieben werden, sonst drohen Probleme im Vollzug (Begründungen: in der Praxis sehr schwierig anzuwenden, kann zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen).	GE, G2M
8.206	Kavalierstarts sollen generell unter Strafe gestellt werden. Die Aufzählung von Beispielen ist hier nicht zielführend.	AG
8.207	Für Fahrzeugführende ist es in konkreter Situation sehr schwierig einzuschätzen, welche Beschleunigen in Kurven und Steigungen zu schnell ist (auf Anfahren mit durchdrehenden Reifen beschränken).	2rad, FMS, MotoSuisse, SAM
8.208	Bestehendes rechtliches Instrumentarium ist bezüglich Pflicht, das Fahrverhalten den Umständen anzupassen, ausreichend.	IGMotorrad
Anträge		
8.401	Antrag Art. 33 Bst. c E-VRV (anpassen): c. «zu schnelles Beschleunigen des Fahrzeugs, namentlich beim Anfahren sowie in Kurven ~~und Steigungen~~;»	AGVS

8.402	Antrag Art. 33 Bst. c E-VRV (anpassen): c. «zu ~~schnelles~~ starke Beschleunig~~en~~gung des Fahrzeugs, namentlich beim Anfahren sowie in Kurven und Steigungen;»	AutoSchweiz

3.4.5 Ergänzung schnelles Fahren / Streichung metallbereifte Fahrzeuge (Frage 9)

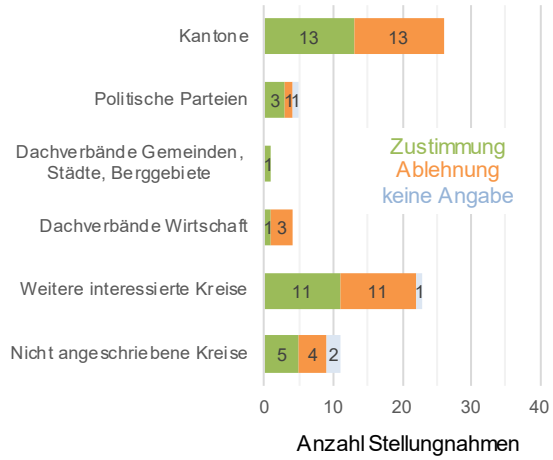
9. Sind Sie damit einverstanden, dass das zu schnelle Fahren in Kurven und Steigungen sowie beim Mitführen von unbefestigten Ladungen und von Anhängern in die Beispielliste lärmerzeugender Verhaltensweisen aufgenommen wird und der bisherige Tatbestand des Fahrens mit metallbereiften Fahrzeugen gestrichen wird (Art. 33 Bst. d E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



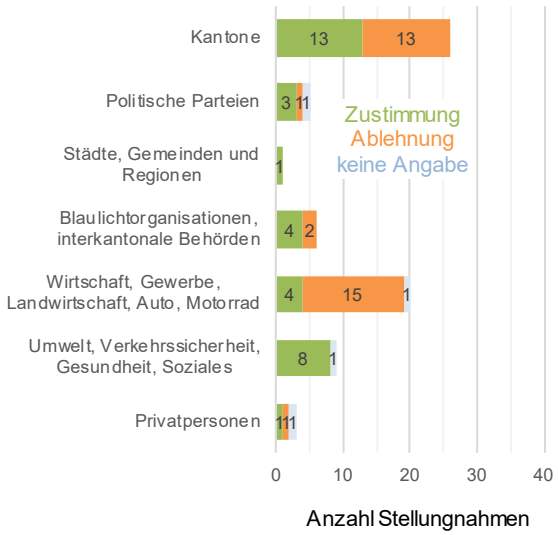
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

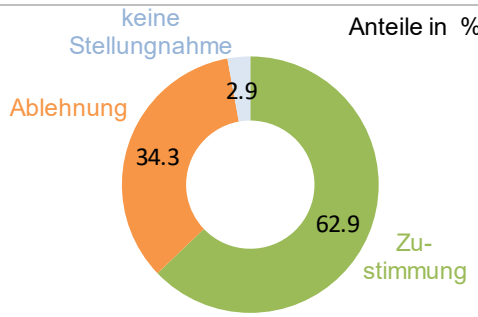
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, UR, OW, GL, FR, SH, SG, TG, VD, VS, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, ACVS, AefU, AGVS, Alpen-Initiative, BFU, EKLB, Enderli, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
9.101	Tatbestand "zu schnelles Fahren" soll konkreter umschrieben werden, sonst drohen Probleme im Vollzug (Begründungen: in der Praxis sehr schwierig anzuwenden, kann zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen).	UR, FR, VD, GE, JU
9.102	Tatbestand zur mangelnden Ladungssicherung kann im Rahmen bestehender Gesetzgebung bestraft werden.	SH, VS
9.103	Tatbestände konkurrieren mit bestehendem Recht (z.B. Art. 30 Abs. 2 i.V.m. Art. 73 Abs. 5 VRV, Art. 32 Abs. 1 SVG, Art. 31 Abs. 1 SVG).	UR
9.104	Zu schnelles Beschleunigen des Fahrzeuges sollte als Nichtbeherrschen des Fahrzeuges taxiert werden (nicht nur als vermeidbare Lärmerzeugung).	TG
9.105	Fahren mit metallbereiften Fahrzeugen kann gestrichen werden.	UR, SH, VS
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) LU, SZ, NW, ZG, SO, BS, BL, AR, AI, GR, AG, TI, NE, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ASA, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, KAPO OW, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, VFAS		
9.201	Fahren mit metallbereiften Fahrzeugen kann gestrichen werden.	SZ, NW, ZG, SO, BL, AR, AI, GR, AG, 2rad, ASA, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, SAM
9.202	Tatbestand zur mangelnden Ladungssicherung kann im Rahmen bestehender Gesetzgebung (z.B. Art. 29, Art. 30 Abs. 2 SVG, Art. 57 Abs. 1 und 73 Abs. 5 VRV) bestraft werden (keine zusätzliche Bestrafung wegen Lärmerzeugung).	SZ, NW, ZG, SO, BL, AR, GR, AG, ASA, AutoSchweiz, KAPO OW
9.203	Zu schnelles Fahren (Übertreten Höchstgeschwindigkeit) soll im Rahmen bestehender Gesetzgebung bestraft werden (keine zusätzliche Bestrafung wegen Lärmerzeugung).	SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, AutoSchweiz, FMS, FRS, MotoSuisse, SAM, VFAS
9.204	Beispiel soll gestrichen bzw. auf das Durchdrehen der Räder oder auf Innerortsstrecken beschränkt werden ("zu schnelles" Beschleunigen, abgesehen von Überschreitung zugelassener Geschwindigkeit, nicht objektiv einschätzbar).	LU, NW, BL, AI, TI
9.205	Tatbestand "zu schnelles Fahren" soll konkreter umschrieben werden, sonst drohen Probleme im Vollzug (Begründungen: in der Praxis sehr schwierig anzuwenden, kann zu übermässig subjektiver Handhabung durch Polizeiorgane führen).	ZG, G2M
9.206	Für Fahrzeuge mit schwachem Motor ist stärkere Beschleunigung in Steigungen nötig.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS
9.207	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS
Anträge		
9.401	Antrag Art. 33 Bst. d E-VRV (anpassen): d. «zu schnelles Fahren, namentlich in Kurven und Steigungen sowie beim Mitführen von ~~unbefestigten~~ Ladungen und von Anhängern;»	LU, OW, BS, ACVS, KAPO OW
9.402	Antrag Art. 33 Bst. d E-VRV (anpassen): *Deutsch:* d. «zu schnelles Fahren, namentlich in Kurven und Steigungen ~~sowie beim Mitführen von unbefestigten Ladungen und von Anhängern~~;» *Französisch (original):* d. «de circuler trop rapidement, notamment dans les tournants et dans les montées ~~ainsi qu'avec des charges non arrimées ou avec des remorques~~ ;»	NE

9.403	Antrag Art. 33 Bst. d E-VRV (anpassen): *Deutsch:* d. «zu schnelles Fahren~~, namentlich in Kurven und Steigungen sowie~~ beim Mitführen von unbefestigten Ladungen und von Anhängern;» *Französisch (original):* d. «de circuler trop rapidement~~, notamment dans les tournants et dans les montées ainsi qu'~~avec des charges non arrimées ou avec des remorques ;»	IGMotorrad

3.4.6 Ergänzung Fahrmodi innerorts (Frage 10)

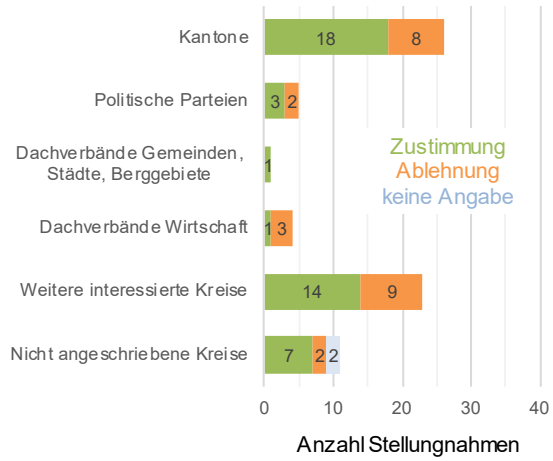
10. Sind Sie damit einverstanden, dass das Fahren in Fahrmodi, die unnötigen Lärm verursachen, in Ortschaften in die Beispielliste lärmerzeugender Verhaltensweisen aufgenommen wird (Art. 33 Bst. f E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



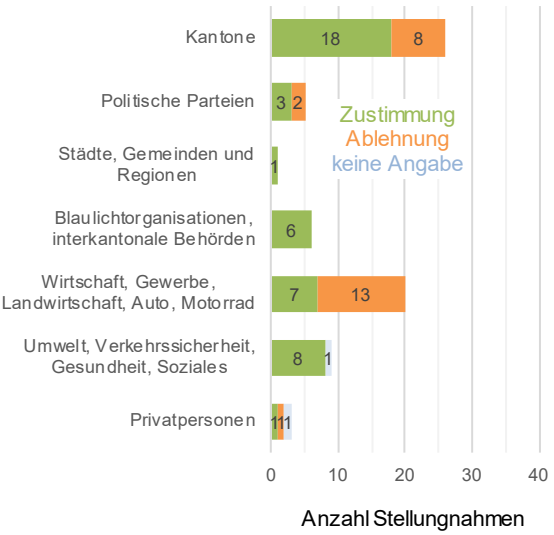
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

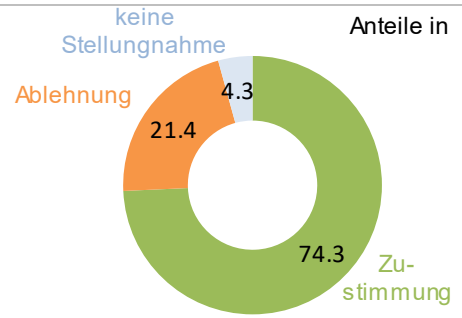
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, GL, FR, SO, SH, SG, GR, TG, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, 2rad, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, BFU, EKLB, Enderli, FMS, G2M, IGMotorrad, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, RoadCross, SAM, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
10.101	Verwendung eines unzulässigen Fahrmodus ist für Vollzugsbehörde kaum kontrollier- bzw. beweisbar.	BE, LU, UR, SZ, FR, SH, GR, VD, VS, ASA, IGMotorrad, KKPKS
10.102	Verbot der Lärmerzeugung durch Nutzung von Fahrmodi soll nicht nur in Ortschaften gelten.	LU, SH, SG, GR, VD, ACVS, KKPKS, KSSD, Lärmliga, SVSP
10.103	Einschränkung von Lärm, der durch Fahrmodi entsteht, soll im Fahrzeugzulassungsverfahren geregelt werden.	LU, OW, ACVS, KAPO OW
10.104	Begrifflicher Unterschied zwischen «unnötiger Lärm» (Einleitungssatz von Art. 33 E-VRV) und «vermeidbarer Lärm» (Art. 33 Bst. b E-VRV) soll erklärt bzw. beseitigt werden.	GE, SSV (Städte), KSSD, SVSP
10.105	Begriff «unnötig» soll konkretisiert werden (sonst Ermessensspielraum Behörden zu gross).	2rad, SAM
10.106	Sportfahrzeuge können nur mit grossem Aufwand im «normalen» Fahrmodus gefahren werden.	BE
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) NW, ZG, BS, BL, AR, AI, AG, TI, FDP, SVP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz, CP, FRS, L-Drive, Lohnunternehmer, MotoSuisse, Stöckli, SVLT, VFAS		
10.201	Verwendung eines unzulässigen Fahrmodus ist für Vollzugsbehörde kaum kontrollier- bzw. beweisbar.	ZG, BL, AR, AI, TI, economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz, VFAS
10.202	Fahrmodi sollen nicht verboten werden (keine rückwirkenden technischen Verbote für aktuell zugelassene Fahrzeuge, Einsatz Fahrmodi bedeutet nicht automatisch unnötiger Lärm).	FDP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), AGVS, AutoSchweiz, MotoSuisse, VFAS
10.203	Verbot der Lärmerzeugung durch Nutzung von Fahrmodi soll nicht nur in Ortschaften gelten.	NW, ZG, BS, AR, AG
10.204	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS
10.205	Allgemeingültige Definition für Fahrmodi fehlt (nicht alle Fahrmodi erzeugen Lärm).	ACS, AGVS, AutoSchweiz
10.206	Gesetzliche Grundlage für behördlichen Zugriff auf Fahrzeugdaten soll geschaffen werden (Zugriff ist nötig, um Fahrzeugmodus festzustellen).	BL
10.207	Lärmerzeugung soll analog Geschwindigkeitsübertretung geahndet werden (dB-Obergrenze statt Km/h-Obergrenze).	ZG
10.208	Schwere Nutzfahrzeuge sollen ausdrücklich ausgenommen sein (Motorbremse bei Bergabfahren kann Zurückschalten und entsprechenden Lärmanstieg erfordern).	L-Drive
Anträge		
10.401	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (anpassen): *Deutsch:* f. «…Fahren in Fahrmodi, die unnötigen Lärm verursachen~~, in Ortschaften~~;» *Französisch:* f. «...de circuler ~~dans une localité~~ avec un mode de conduite provoquant un bruit inutile ;	BE, UR, BS, BL, NE, GE, SSV (Städte), AefU
10.402	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (anpassen): f. «…~~Fahren in Fahrmodi~~ eine Fahrart und -weise, die unnötigen Lärm verursachen, in Ortschaften;»	ZG

10.403	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (streichen): ~~f. «…Fahren in Fahrmodi, die unnötigen Lärm verursachen, in Ortschaften;»~~	AGVS, AutoSchweiz
10.404	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (neu formulieren): f. «mit einem Fahrzeug zu fahren, dessen Software so umprogrammiert wurde, dass es mehr Lärm erzeugt, als mit der ursprünglichen Programmierung, insbesondere bei niedriger Geschwindigkeit oder im Stand;»	FRS

3.4.7 Ergänzung unnötiger Auspufflärm (Frage 11)

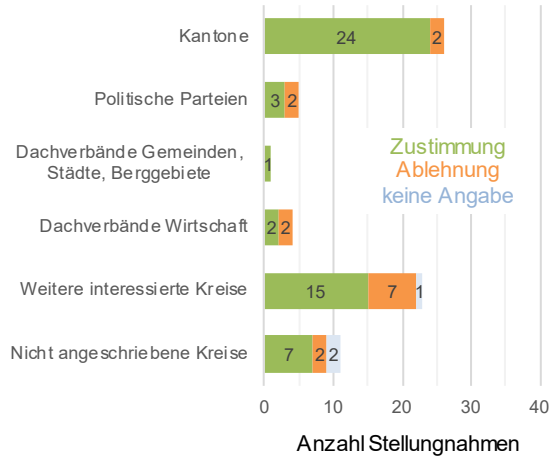
11. Sind Sie damit einverstanden, dass das Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder bei der Verwendung eines Fahrmodus in die Beispielliste lärmerzeugender Verhaltensweisen aufgenommen wird (Art. 33 Bst. g E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



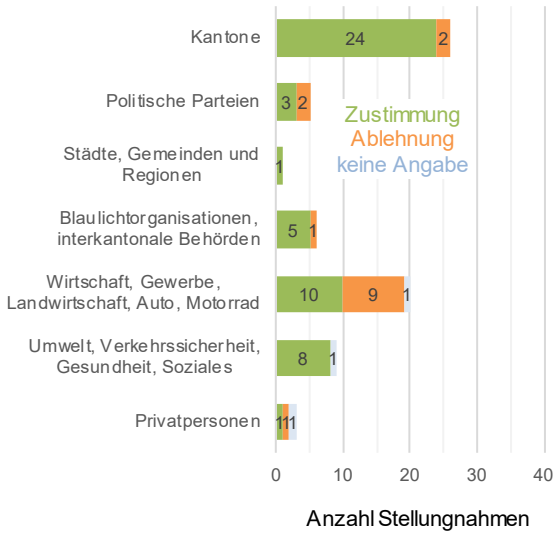
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

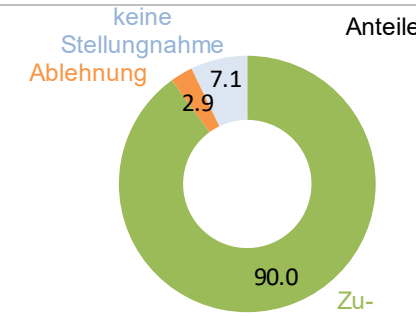
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGB, 2rad, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, BFU, EKLB, Enderli, FMS, FRS, KAPO OW, KSSD, Lärmliga, L-Drive, Lohnunternehmer, RoadCross, SAM, SVLT, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
11.101	Einschränkung von Auspufflärm (Knallen, Böllern) soll im Fahrzeugzulassungsverfahren geregelt werden.	LU, OW, KAPO OW
11.102	Verwendung eines unzulässigen Fahrmodus ist für Vollzugsbehörde kaum kontrollier- bzw. beweisbar.	LU, FR
11.103	Vorlage soll berücksichtigen, dass Knallen und Böllern bei einigen (Sport-) Fahrzeugen nur begrenzt von lenkender Person vermieden werden kann.	BE
11.104	Unerlaubte technische Abänderungen sollen in ordentlichem bzw. Administrativverfahren geahndet werden können.	GR
11.105	Fahrmodi sollen nicht verboten werden (keine rückwirkenden technischen Verbote für aktuell zugelassene Fahrzeuge).	FRS
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) BS, AG, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz, CP, G2M, IGMotorrad, KKPKS, Stöckli, VFAS		
11.201	Fahrmodi bzw. heute zugelassene Auspuffanlagen sollen nicht verboten werden (keine rückwirkenden technischen Verbote für aktuell zugelassene Fahrzeuge).	FDP, SVP
11.202	Verwendung eines unzulässigen Fahrmodus ist für Vollzugsbehörde kaum kontrollier- bzw. beweisbar.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz, VFAS
11.203	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS
11.204	Allgemeingültige Definition für Fahrmodi fehlt (nicht alle Fahrmodi erzeugen Lärm).	ACS, AGVS, AutoSchweiz
11.205	Art des Fahrmodus soll konkretisiert werden (auch «normaler» Modus ist Fahrmodus).	AG
11.206	Knallgeräusche können nicht in jedem Fall auf Verhaltensweisen oder technischen Anpassungen zurückgeführt werden.	G2M, IGMotorrad
11.207	Bei Aufhebung «Innerortsbeschränkung des Fahrmodiverbots», soll geprüft werden, ob in Ausführungsbestimmung (Art. 33 E-VRV) die Beispiele «durch Fahrmodi verursachter Lärm» (Bst. b) und «Auspufflärm» (Bst. g) in Verordnungstext zusammenzuführen wären.	BS
11.208	Unerlaubte technische Abänderungen sollen in ordentlichem bzw. Administrativverfahren geahndet werden können.	KKPKS
Anmerkungen		
11.301	Massvolles Fahren im Fahrmodi soll erlaubt sein.	MotoSuisse
Anträge		
11.401	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen): g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder die Verwendung eines entsprechenden Fahrmodus;»	LU, UR, NW
11.402	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen): g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder die Verwendung eines dies verursachenden Fahrmodus;»	SZ, ZG, BL, SH, GR, ASA
11.403	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen):	VD, NE

	Deutsch: g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder die Verwendung eines unangemessenen oder lauten Fahrmodus;» *Französisch (original):* g. «... générer un bruit inutile avec le dispositif d'échappement (pétarades), notamment en changeant de vitesse, en décélérant brusquement ou en utilisant un mode de conduite inadapté ou bruyant;»	
11.404	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen): *Deutsch:* g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder die Verwendung eines lärmerzeugenden Fahrmodus;» *Französisch (original):* g. «... générer un bruit inutile avec le dispositif d'échappement (pétarades), notamment en changeant de vitesse, en décélérant brusquement ou en utilisant un mode de conduite propice à la production de bruit;»	VS
11.405	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen): g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme oder ~~die~~ bei der Verwendung eines unnötig Lärm versursachenden Fahrmodus;»	AR
11.406	Antrag Art. 33 Bst. g E-VRV (anpassen): g. «…Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage wie Knallen und Böllern, insbesondere durch Schalten oder abrupte Gaswegnahme ~~oder die Verwendung eines Fahrmodus~~;»	AGVS
11.407	Antrag Art. 33 Bst. f E-VRV (streichen): ~~f. «…Fahren in Fahrmodi, die unnötigen Lärm verursachen, in Ortschaften;»~~	AutoSchweiz

3.4.8 Streichung Radioapparate (Frage 12)

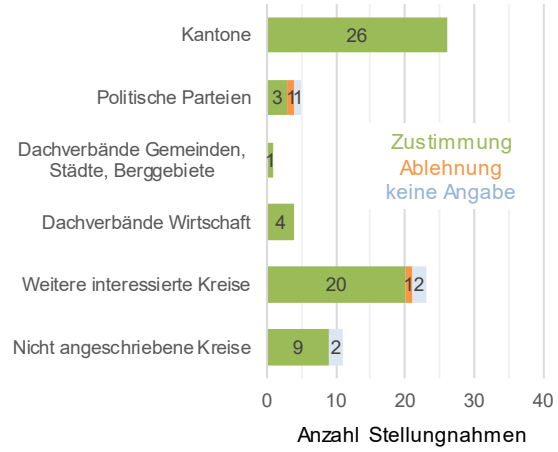
12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Begriff «Radioapparate» gestrichen wird (Art. 33 Bst. h E-VRV)?

Grundsätzliche Einschätzung



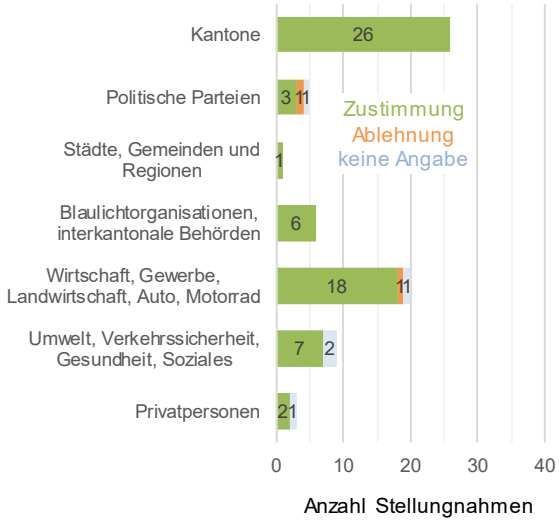
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert)

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), economiesuisse, SBV (Bauern), SGB, SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ACVS, AefU, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, FMS, FRS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, Lohnunternehmer, Moto-Suisse, RoadCross, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, TCS, VASOS, VCS, VFAS

12.101	Begriff «Be- und Entladen des Fahrzeugs ohne Störung der Nachbarschaft» soll in den Ausführungsbestimmungen (Art. 33 VRV) beibehalten werden (analog zu heutigem Art. 33 Bst. f).	VD
12.102	Sound-Module, die Auspuffgeräusche simulieren, sollen auch unter den Begriff «Tonwiedergabegeräte» fallen.	SO
12.103	Einschätzung bleibt subjektiv, insbesondere im Sommer, wenn Fahrer mit heruntergelassenen Fenstern oder in Cabriofahrzeugen unterwegs sind.	VS
12.104	Begriff «Tonwiedergabegeräte» soll definiert werden (gemeint sein soll Unterhaltungselektronik und nicht bei E-Autos die Imitation von Motorengeräuschen).	AefU

Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert)

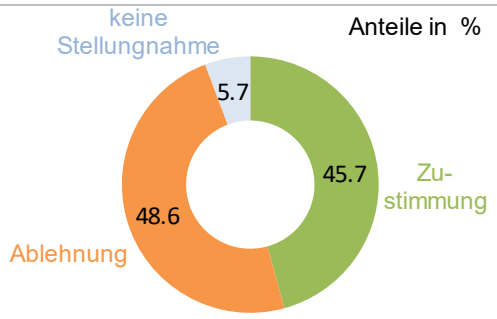
SVP, CP

3.5 Einführung der ausserordentlichen Prüfungspflicht bei geräuschrelevanten Fahrzeugmanipulationen

3.5.1 Einführung ausserordentlicher Prüfungspflicht (Frage 13)

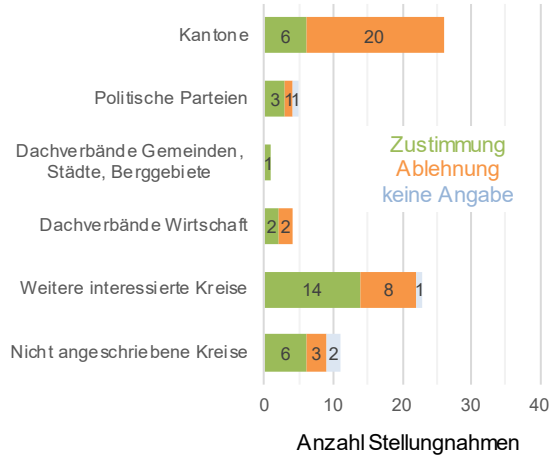
13. Sind Sie damit einverstanden, dass für Fahrzeuge, an welchen in Verkehrskontrollen mehrfach unerlaubte abgas- oder geräuschrelevante Änderungen festgestellt wurden, künftig während zwei Jahren eine ausserordentliche Prüfpflicht gilt (Art. 34 Abs. 1, 1bis und 1ter E-VTS)?

Grundsätzliche Einschätzung



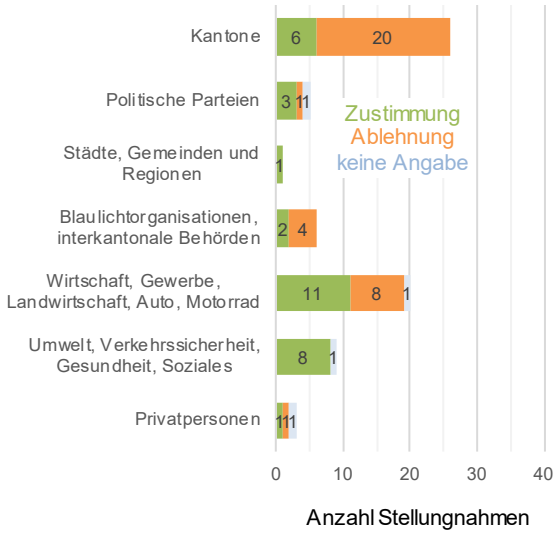
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) GL, FR, TG, NE, GE, JU, FDP, Grüne, SP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGB, ACS, AefU, AGVS, Alpen-Initiative, AutoSchweiz, BFU, EKLB, Enderli, FRS, IGMotorrad, KSSD, Lärmliga, L-Drive, Lohnunternehmer, RoadCross, SVLT, SVSP, TCS, VASOS, VCS		
13.101	Ausserordentliche Prüfungspflicht soll kantonsübergreifend festgelegt werden, z. B. mit Vermerk auf Fahrzeugausweis (BFU), nationalem Informationssystem (ACS, AGVS, AutoSchweiz) oder Meldung unter den Kantonen (Lärmliga).	ACS, AGVS, AutoSchweiz, BFU, Lärmliga
13.102	Nachprüfpflicht für Fahrzeug soll auch bei Halterwechsel bestehen bleiben (sonst Gefahr einfacher Umgehung).	BFU, Lärmliga
13.103	Ausserordentliche Prüfpflicht soll für alle Motorfahrzeuge eines Halters gelten (nicht nur für beanstandetes Fahrzeug).	Grüne, Alpen-Initiative, VCS
13.104	Der Aufwand für erneutes Tuning/illegale Abänderung wird erhöht.	FDP, Lärmliga, TCS
13.105	Es wird schwer das System für die ausserordentliche Prüfungspflicht zu erstellen und zu kontrollieren.	FR
13.106	Regelung erlaubt eine gewisse Flexibilität bei den Abstandskontrollen, um auf unterschiedliche Belastung der Nachprüfzentren Rücksicht nehmen zu können.	TCS
13.107	Aktuelle gesetzliche Grundlagen sollen hinsichtlich der Möglichkeit für die Überprüfung der Software geprüft werden.	BFU
13.108	Kantone sollen ordentliche technische Kontrollen an kompetente Dritte delegieren können (Überlastung und Verzögerungen vermeiden).	FRS
13.109	Ausserordentliche Kontrollpflicht soll sich nur auf rechtswidrige Manipulationen beziehen.	IGMotorrad
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TI, VD, VS, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, ASA, FMS, G2M, KAPO OW, KKPKS, MotoSuisse, SAM, Stöckli, VFAS		
13.201	Ausnahmeregelung bezüglich Halterwechsel birgt die Gefahr einfacher Umgehung.	LU, SZ, OW, ZG, SO, BS, BL, SG, AG, TI, VD, G2M, KAPO OW
13.202	Nachprüfpflicht für Fahrzeug soll auch bei Halterwechsel bestehen bleiben.	LU, OW, BS, BL, GR, KAPO OW
13.203	Wegfall der Nachprüfung nach einem Halterwechsel soll erst greifen, wenn das Fahrzeug alle geltenden Vorschriften erfüllt.	ZG
13.204	Unverhältnismässig hoher Mehraufwand (Anpassung IT-Systeme, Administrativ- und Kontrollaufwand) für Behörden soll vermieden werden.	ZH, BE, NW, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TI, VD, economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACVS, G2M, KKPKS, VFAS
13.205	Fahrzeuge sollen nach unerlaubten Abänderungen generell Nachprüfpflicht unterstehen (nicht nur im Wiederholungsfall).	LU, OW, KAPO OW
13.206	Aus Ressourcengründen soll auf eine fixe Anzahl von Nachprüfungen verzichtet werden.	LU, OW, KAPO OW
13.207	Sanktionen für unerlaubte Fahrzeugänderungen sollen sich vorwiegend auf Lenkende konzentrieren.	ZH, NW, SH, SG, ACVS
13.208	Falls Tools für Nachprüfung nötig sind, sollen diese den Strassenverkehrsämter zur Verfügung gestellt werden.	BE
13.209	Alternativ könnte wie beim berufsmässigen Personenverkehr ein jährliches Prüfungsintervall (Art. 33 Abs. 2 Bst. A VTS) herangezogen werden.	BE

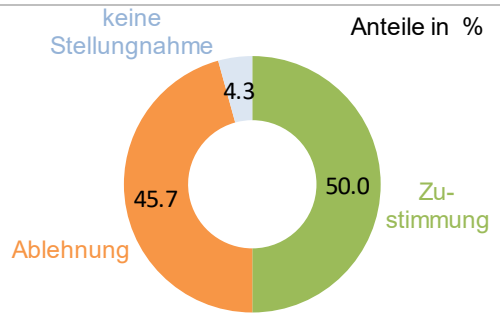
13.210	Ausserordentliche Prüfungspflicht soll kantonsübergreifend festgelegt werden, z. B. mit Vermerk auf Fahrzeugausweis (LU, BS, BL, GR, AG) oder Ergänzung von Bundesdatenbank (VD).	LU, BS, BL, GR, AG, VD
13.211	Heutige Lösung (Sicherstellung, technische Untersuchung) genügt. Auf ausserperiodische Prüfpflicht soll verzichtet werden.	UR, SZ, NW, ZG, SO, BL, SH, AR, AI, SG, VS, ACVS, ASA
13.212	Abgeänderte (illegale) Bauteile sollen konsequent sichergestellt und vernichtet werden.	AI, VD
13.213	Für Fristberechnung soll Ereignisdatum statt Rapportdatum herbeigezogen werden.	SG
Anträge		
13.401	Antrag Art. 34 Abs. 1, 1bis und 1ter E-VTS (anpassen): 1bis «… ~~Bei einem Halterwechsel entfällt diese Nachprüfpflicht~~» 1ter «~~Ist im Zeitraum von zwei Jahren eine periodische Prüfung geplant, kann eine ausserordentliche Prüfung entfallen.~~ …»	AefU
13.402	Antrag Art. 34 Abs. 1bis E-VTS (anpassen): 1bis «Von der Polizei gemeldete Fahrzeuge, an denen unerlaubte abgas- oder geräuschrelevante Änderungen vorgenommen wurden, werden von der Zulassungsbehörde in den darauffolgenden zwei Jahren fünfmal zur Nachprüfung aufgeboten, wenn in den vorangegangenen zwei Jahren bereits eine Meldung aufgrund unerlaubter abgas- oder geräuschrelevanter Änderungen erfolgt ist. Die Fristen von zwei Jahren werden jeweils um die Dauer von allfälligen Ausserverkehrsetzungen, jedoch um höchstens 2 Jahre, verlängert. Bei einem Halterwechsel entfällt diese Nachprüfpflicht.»	BS
13.403	Antrag Art. 34 Abs. 1ter E-VTS (anpassen): 1ter "Ist im Zeitraum von zwei Jahren eine periodische Prüfung geplant, kann eine der ausserordentlichen Prüfungen entfallen. ..."	2rad, FMS, MotoSuisse, SAM
13.404	Antrag Art. 34 Abs. 1bis E-VTS (anpassen): *Deutsch:* 1bis "Von der Polizei gemeldete Fahrzeuge, an denen unerlaubte geräuschrelevante Änderungen vorgenommen wurden, werden von der Zulassungsbehörde in den darauffolgenden zwei Jahren fünfmal zur Nachprüfung aufgeboten, ~~wenn in den vorangegangenen zwei Jahren bereits eine Meldung aufgrund unerlaubter geräuschrelevanter Änderungen erfolgt ist~~. Die Fristen von zwei Jahren werden jeweils um die Dauer von allfälligen Ausserverkehrsetzungen, jedoch um höchstens 2 Jahre, verlängert. Bei einem Halterwechsel entfällt diese Nachprüfpflicht" *Französisch (original):* 1bis "Les véhicules qui ont subi des modifications illicites ayant une incidence sur le bruit font cinq fois l'objet d'une convocation au contrôle subséquent par l'autorité d'immatriculation dans les deux années qui suivent leur notification par la police~~, si au cours des deux années précédentes, ils ont déjà été signalés par la police pour le même motif~~. Les délais de deux ans sont toujours prolongés de la durée d'éventuels retraits de la circulation, mais de deux ans au maximum. En cas de changement de détenteur, l'obligation de contrôle subséquent ne s'applique pas."	IGMotorrad
13.405	Antrag Art. 34 Abs. 1ter E-VTS (streichen): *Deutsch:* ~~1ter " Ist im Zeitraum von zwei Jahren eine periodische Prüfung geplant, kann eine ausserordentliche Prüfung entfallen. Dies gilt nicht für Nachprüfungen auf Begehren des Halters oder der Halterin nach Artikel 33 Absatz 3."~~ *Französisch (original):* ~~1ter "Si un contrôle périodique est prévu dans les deux ans, un contrôle extraordinaire peut être supprimé. Ceci ne s'applique pas aux contrôles subséquents effectués à la demande du détenteur conformément à l'art. 33, al. 3. "~~	IGMotorrad

3.6 Verbot von lärmsteigernden Fahrzeugänderungen innerhalb der Lärmgrenzwerte

3.6.1 Einschränkung Zulassung für Ersatzschalldämpfer (Frage 14)

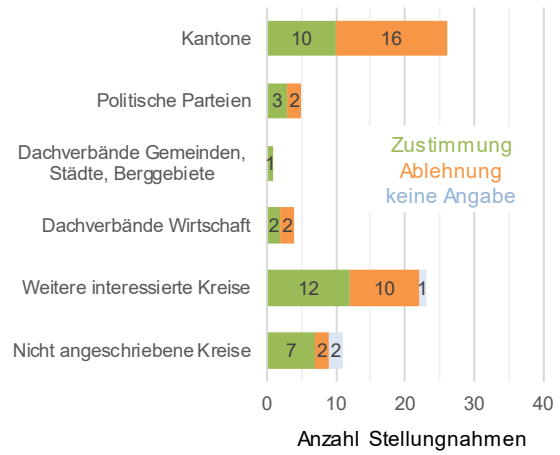
14. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig abgesehen von Auspuffanlagen, die in den Geltungsbereich der bilateralen Verträge Schweiz-EU fallen, nur noch typengenehmigte Ersatzschalldämpfer zugelassen sind, die das Fahrzeug nicht lauter machen als im Originalzustand (Art. 53 Abs. 3, 3bis und 3ter E-VTS)?

Grundsätzliche Einschätzung



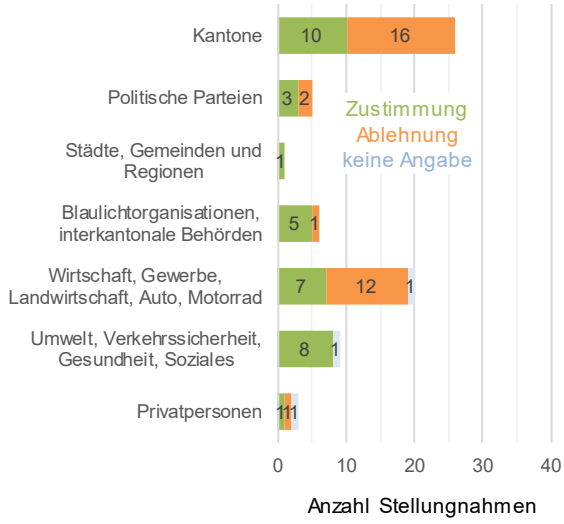
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

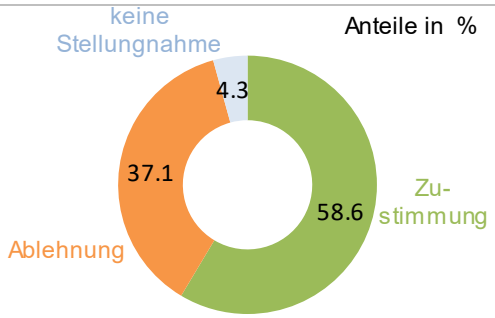
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, NW, GL, FR, SO, BS, TG, TI, GE, JU, Grüne, Mitte, SP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, BFU, CP, EKLB, Enderli, FRS, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, Lohnunternehmer, RoadCross, SVLT, SVSP, VASOS, VCS		
14.101	Bund soll darauf hinwirken, dass EU-Lärmgrenzwerte reduziert werden.	NW, SSV (Städte), ACVS, KSSD, SVSP
14.102	Ersatzschalldämpfer mit höherem Geräuschwert als beim Originalfahrzeug sollen generell verboten werden.	NW, SSV (Städte), ACVS, KSSD, SVSP
14.103	Für Auspuffanlagen sollen verbindliche Lärmgrenzwerte festgelegt werden.	NW, ACVS
14.104	Verbot von lärmsteigernden Fahrzeugänderungen innerhalb der Lärmgrenzwerte soll auch auf Auspuffanlagen ausgeweitet werden, die in Geltungsbereich der bilateralen Verträge Schweiz-EU fallen (Lärmschutz der Bevölkerung rechtfertigt technisches Handelshemmnis).	Grüne, Alpen-Initiative, Lärmliga, VCS
14.105	Verwaltungsaufwand ist gross (aufwändige Datenbeschaffung, schwierige Kontrollen) und hinsichtlich der geringen Wirkung unverhältnismässig. Regelung betrifft nur Fahrzeuge ausserhalb Geltungsbereich MRA (v. a. Motorräder, Leicht- und Kleinmotorfahrzeuge), Fahrzeuge im Geltungsbereich MRA (v. a. Motorwagen) sind ausgenommen.	TI
14.106	Nichtübereinstimmung eines Fahrzeugs mit Zulassungszustand (Modifikation, Mängel) kann objektiv festgestellt werden (keine Willkür bei Ahndung).	CP
14.107	Bei Fahrzeugversionen mit unterschiedlicher Lärmerzeugung soll nur die leiseste zugelassen sein (auch bei Landwirtschaft- und Baumaschinen) und bei sehr starker Lärmerzeugung sollen Zulassungsverbote oder Schallschutzauflagen geprüft werden.	Enderli
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, VD, VS, NE, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, AGVS, ASA, AutoSchweiz, FMS, G2M, IGMotorrad, MotoSuisse, SAM, Stöckli, TCS, VFAS		
14.201	Grosser Verwaltungsaufwand (aufwändige Datenbeschaffung und Kontrollen) hat nur sehr geringe Wirkung (betrifft nur Motorräder, weitere Fahrzeuge Klasse L und neue Fahrzeuge ab Einführung, viele davon sind bereits nahe beim zulässigen Grenzwert).	LU, UR, SZ, OW, ZG, BL, SH, AR, SG, GR, AG, VD, VS, NE, FDP, ASA
14.202	Ersatzschalldämpfer mit höherem Geräuschwert als beim Originalfahrzeug sollen generell verboten werden.	UR, SZ, OW, ZG, BL, SH, AR, AI, GR, VS, NE, ASA
14.203	Änderung würde eine Flut von Anfragen der Kundschaft, des Gewerbes und der Polizei auslösen.	LU, UR, SZ, ZG, BL, SH, AR, GR, AG, VD, VS, NE, ASA, G2M
14.204	Für Auspuffanlagen sollen verbindliche Lärmgrenzwerte festgelegt werden.	AI, SG
14.205	Bund soll darauf hinwirken, dass EU-Lärmgrenzwerte reduziert werden.	AI, SG
14.206	Bei Umsetzung der Vorlage droht Ungleichbehandlung zwischen lärmverstärkenden Ersatzschalldämpfern und (durch Alterung) lauter gewordenen Originalschalldämpfern.	SG
14.207	Vorgehen gegen Verkauf unzulässiger Schalldämpfer soll auf Bundesebene koordiniert werden.	BE
14.208	Lenkende von Fahrzeugen mit Ersatzschalldämpfern sollen entsprechende Teilgenehmigung mitführen.	BE
14.209	Kontrollen werden durch heute gängige Unterbodenverschalung erschwert.	BE
14.210	Regelung führt zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), AGVS, TCS, VFAS
14.211	Manipulationen sollen nicht verboten sein, wenn Bauteile in EU genehmigt sind und Grenzwerte eingehalten werden (keine Gefahr für Bevölkerung, Auswirkung auf öffentliche Gesundheit nicht erheblich), ausserdem ist der	SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), AGVS, AutoSchweiz, IGMotorrad, VFAS

	Fokus auf Motorradfahrende diskriminierend (Lärmdebatte fokussiert auf «Autoposer»).	
14.212	Für ältere Fahrzeuge soll Ersatz durch Nachfolgeprodukte weiterhin uneingeschränkt möglich sein (Originalersatzteile oft nicht mehr verfügbar).	BE, G2M
14.213	Typengenehmigung für Ersatzschalldämpfer ist bereits heute erforderlich (gleiche Vorschriften und Grenzwerte wie bei Originalschalldämpfer).	2rad, FMS, MotoSuisse, SAM

3.6.2 Verkaufs- und Vermietungsverbot (Frage 15)

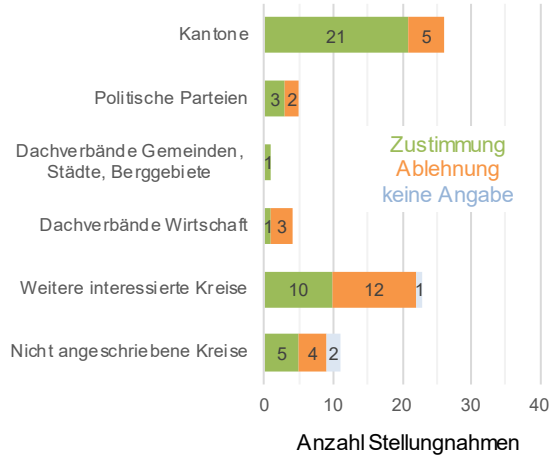
15. Sind Sie damit einverstanden, dass das Anbieten und entgeltliche Überlassen von lärmsteigernden Fahrzeugteilen künftig unter Strafe gestellt ist (Art. 219 Abs. 2 Bst. e E-VTS)?

Grundsätzliche Einschätzung



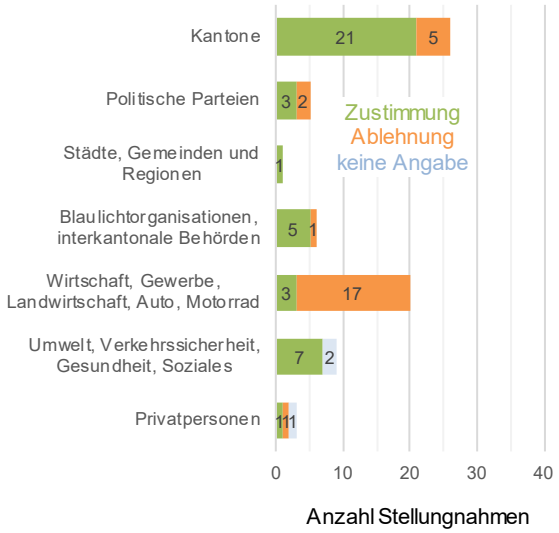
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

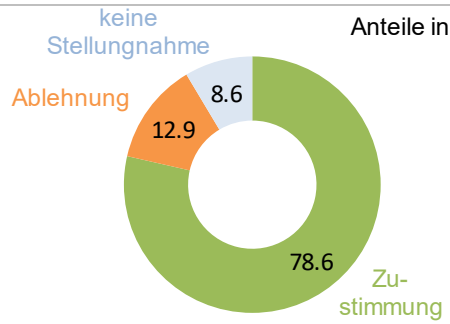
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, AI, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, BFU, CP, EKLB, Enderli, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, RoadCross, SVSP, VCS		
15.101	Vollzug soll nicht an Strassenverkehrsämter delegiert werden bzw. Zuständigkeit für Vollzug soll geprüft werden.	BE, SH, AR, VS, NE, ASA
15.102	Gewerbemässiges Anbieten, Überlassen oder Verbauen soll als Vergehen und nicht als Übertretung eingestuft werden (ermöglicht, dass auch Unternehmen und nicht nur natürliche Personen belangt werden können).	ZH, NW, AI, SSV (Städte), ACVS, KSSD, SVSP
15.103	Handel mit nicht geprüften Ersatzteilen soll mit «Inverkehrbringen» (Art. 2 Abs. 3 PrSG) gleichgestellt werden (gewerblicher/beruflicher/privater Eigengebrauch ebenfalls verbieten), Rennfahrzeuge sollen ausgenommen sein.	OW
15.104	Veröffentlichung der Emissionsdaten erleichtert Arbeit für Mechanikerinnen und Mechaniker.	VD
15.105	Strafbestimmungen für nicht vorschriftsgemässe Fahrzeuge (Art. 219 VTS) werden bereits heute kaum umgesetzt (Wirksamkeit der Anpassungen ist fraglich).	VD
15.106	Umsetzbarkeit bei juristischen Personen soll geprüft werden (grundsätzlich keine Ordnungsbussen möglich, Zuordnung zu natürlicher Person nicht immer möglich).	BFU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) LU, UR, BS, SG, AG, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), SBV (Bauern), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, KAPO OW, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT, TCS, VFAS		
15.201	Handel mit nicht geprüften Ersatzteilen soll mit «Inverkehrbringen» (Art. 2 Abs. 3 PrSG) gleichgestellt werden (gewerblicher/beruflicher/privater Eigengebrauch ebenfalls verbieten), Rennfahrzeuge sollen ausgenommen sein.	LU, KAPO OW
15.202	Gewerbemässiges Anbieten, Überlassen oder Verbauen soll als Vergehen und nicht als Übertretung eingestuft werden (ermöglicht, dass auch Unternehmen und nicht nur natürliche Personen belangt werden können).	BS, SG
15.203	Vollzug der Massnahmen soll vereinfacht werden (z. B. Direktimporte, Lärmmessungen, einheitliche dB-Grenzwerte).	UR
15.204	Verwaltungsaufwand ist gross (aufwändige Datenbeschaffung, schwierige Kontrollen) und hinsichtlich der geringen Wirkung unverhältnismässig. Regelung betrifft nur Fahrzeuge ausserhalb Geltungsbereich MRA (v. a. Motorräder, Leicht- und Kleinmotorfahrzeuge), Fahrzeuge im Geltungsbereich MRA (v. a. Motorwagen) sind ausgenommen.	FDP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), FRS, VFAS
15.205	Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit für Unternehmen in der Schweiz und Verlagerung der Käufe ins Ausland sollen vermieden werden (Bestrafung von Verkauf entspricht Verkaufsverbot).	economiesuisse, SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, FMS, FRS, MotoSuisse, SAM, VFAS
15.206	Ungleichbehandlung der in der EU und der Schweiz zugelassenen Bauteile soll vermieden werden und Einfuhr legal gekaufter Bauteile soll möglich sein.	AGVS, AutoSchweiz, IGMotorrad
15.207	Spannungen mit EU (Klagen von Unternehmen, Verstösse gegen Abkommen) sollen nicht verstärkt werden.	IGMotorrad
15.208	Fahrzeugteile für Motorsport, Showbikes und Custom Culture sollen ausgenommen sein (nur Verwendung auf Strasse strafbar).	G2M
15.209	Unentgeltliches Überlassen von lärmsteigernden Fahrzeugteilen soll auch unter Strafe gestellt werden.	AG

3.6.3 Publikation Emissionsdaten (Frage 16)

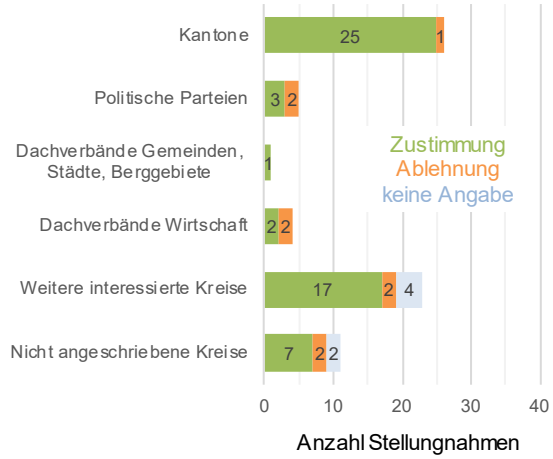
16. Sind Sie damit einverstanden, dass das ASTRA Emissionsdaten von Originalfahrzeugen publizieren darf, um diese beispielsweise dem Ersatzteil- und Zubehörhandel zugänglich zu machen (Art. 219a E-VTS)?

Grundsätzliche Einschätzung



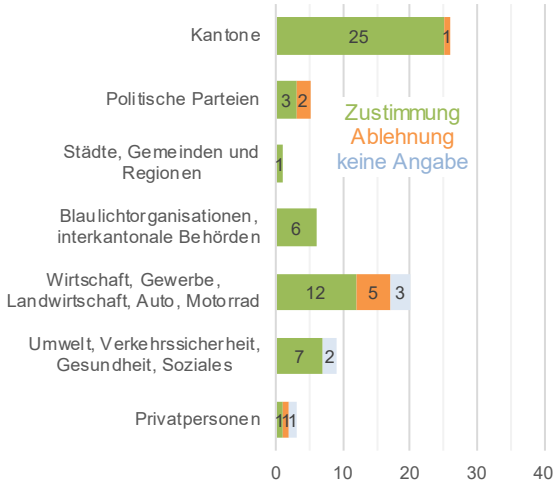
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

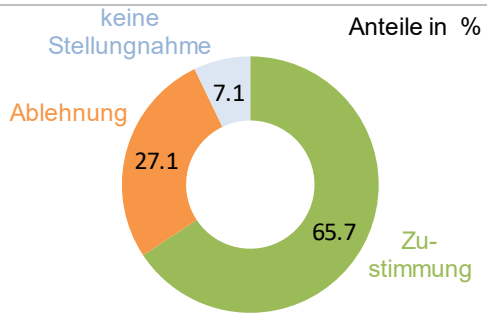
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, Grüne, SP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGB, 2rad, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, BFU, CP, EKLB, Enderli, FMS, FRS, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, L-Drive, Lohnunternehmer, MotoSuisse, RoadCross, SAM, SVLT, SVSP, VCS		
16.101	ASTRA soll Emissionsdaten nur publizieren, wenn Verbot von lärmsteigernden Fahrzeugänderungen innerhalb der Lärmgrenzwerte (gem. Art. 53 Abs. 3 ff. E-VTS) erfolgreich umgesetzt ist.	UR, SZ, ZG, BL, SH, AR, GR, VS, NE, ASA
16.102	Informationen sind bereits heute zugänglich (via Typenschein).	AutoSchweiz, FMS, FRS, MotoSuisse, SAM
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) AG, FDP, SVP, economiesuisse, SGV (Gewerbe), G2M, Stöckli, TCS, VFAS		
16.201	ASTRA soll Emissionsdaten nur publizieren, wenn Verbot von lärmsteigernden Fahrzeugänderungen innerhalb der Lärmgrenzwerte (gem. Art. 53 Abs. 3 ff. E-VTS) erfolgreich umgesetzt ist.	AG
16.202	Informationen sind bereits heute zugänglich (via Typenschein).	economiesuisse, SGV (Gewerbe), VFAS

3.7 Strengere und einfachere Bestrafung bei lärmrelevanten Fahrzeugmanipulationen und lärmverursachenden Fahrmanövern

3.7.1 Erhöhung Busse für unnötiges Vorwärmen des Motors (Frage 17)

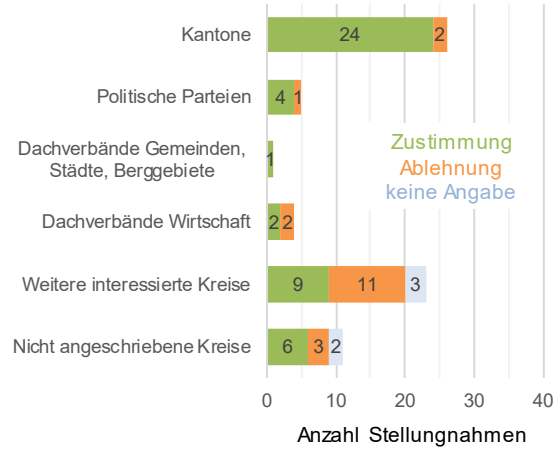
17. Sind Sie damit einverstanden, dass der Ordnungsbussenbetrag für das unnötige Vorwärmen des Motors eines stillstehenden Fahrzeugs von 60 auf 80 Franken erhöht wird (Ziff. 326.1 OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



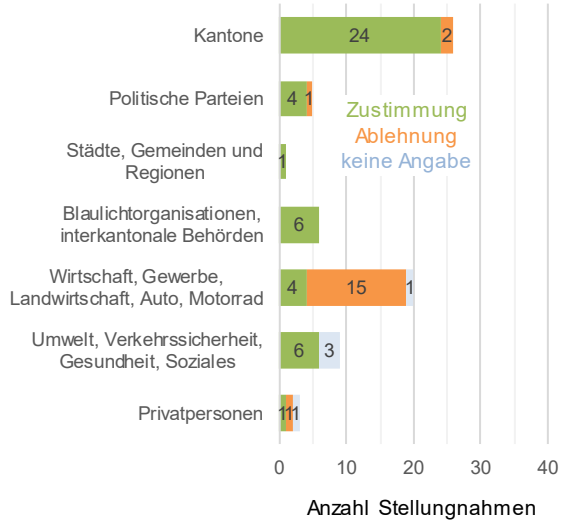
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

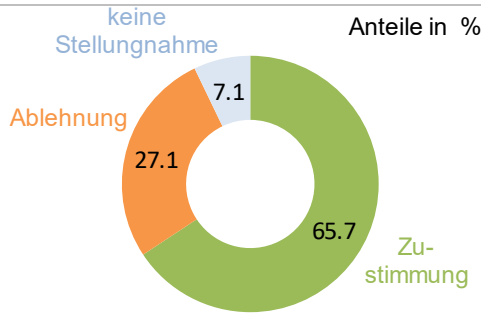
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BS, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, FDP, Grüne, SP, SSV (Städte), economiesuisse, SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, EKLB, Enderli, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, SVSP, TCS, VASOS, VCS, VFAS		
17.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 120	NE Grüne, SP, Alpen-Initiative, VCS
17.102	Höhe der Ordnungsbusse soll zwischen Tatbeständen bzw. unterschiedlich schweren Verstössen stärker differenziert werden.	VD
17.103	Aufnahme von «unnötigem Vorwärmen» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
17.104	Unnötiges Vorwärmen soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
17.105	Vorwärmen stillstehender Fahrzeuge mit Standheizung soll nicht gebüsst werden.	BE
17.106	Vorwärmen stillstehender Fahrzeuge ist bezüglich lärmrelevantem Verhalten nicht Hauptproblem (Erhöhung Bussenbetrag nicht zwingend).	SO
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZG, BL, SVP, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT		
17.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden	BL
17.202	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, ACS, FMS, FRS, IG-Motorrad, MotoSuisse, SAM
17.203	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (geringe Erhöhung von CHF 20 hat keine Lenkungswirkung)	AGVS, AutoSchweiz
17.204	Begriff «unnötig» soll genauer definiert werden (z. B. Katalysator braucht für Betrieb Mindesttemperatur).	G2M
17.205	Vorkühlen des Innenraums mit Klimaanlage ist auch unnötig.	AutoSchweiz

3.7.2 Erhöhung Busse für unnötiges Laufenlassen des Motors (Frage 18)

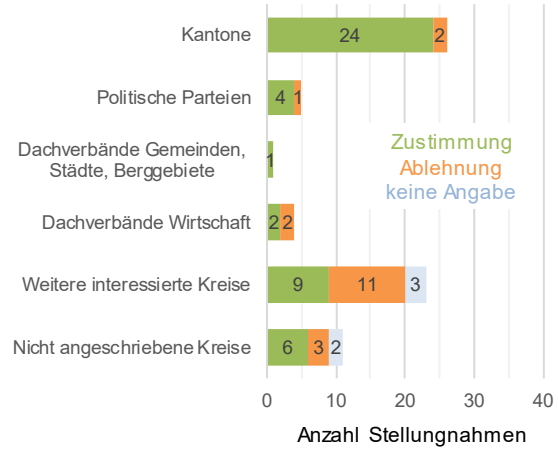
18. Sind Sie damit einverstanden, dass der Ordnungsbussenbetrag für das unnötige Laufenlassen des Motors eines stillstehenden Fahrzeugs von 60 auf 80 Franken erhöht wird (Ziff. 326.2 OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



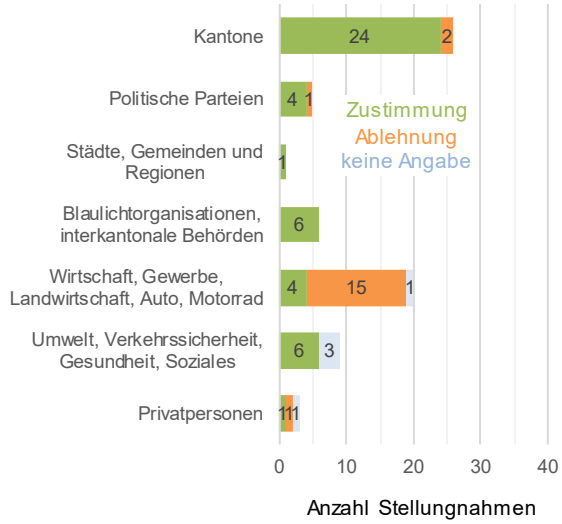
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

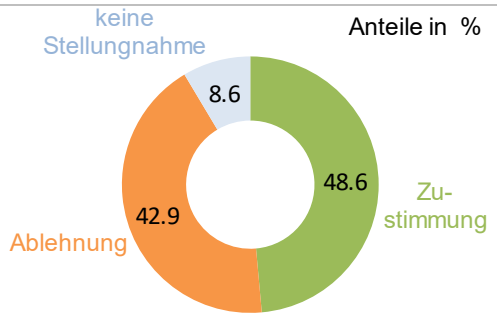
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BS, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, FDP, Grüne, SP, SSV (Städte), economiesuisse, SGB, ACVS, AefU, Alpen-Initiative, ASA, EKLB, Enderli, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lärmliga, SVSP, TCS, VASOS, VCS, VFAS		
18.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 120	NE Grüne, SP, Alpen-Initiative, VCS
18.102	Höhe der Ordnungsbusse soll zwischen Tatbeständen bzw. unterschiedlich schweren Verstössen stärker differenziert werden.	VD
18.103	Aufnahme von «unnötigem Laufenlassen» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
18.104	Unnötiges Laufenlassen des Motors soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
18.105	Erhöhung Ordnungsbusse soll für Motorfahrräder entsprechend angepasst werden (Ziff. 603 OBV).	AefU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZG, BL, SVP, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, Lohnunternehmer, MotoSuisse, SAM, Stöckli, SVLT		
18.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden	BL
18.202	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, ACS, FMS, FRS, IG-Motorrad, MotoSuisse, SAM
18.203	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (geringe Erhöhung von CHF 20 hat keine Lenkungswirkung)	AGVS, AutoSchweiz
18.204	Begriff «unnötigerweise» soll genauer definiert werden (z. B. Druckluftbremsen bedingen vorgängiges Laufenlassen des Motors).	G2M
Anmerkungen		
18.301	Schwere Nutzfahrzeuge, die den Motor wegen Regenerierung des Dieselpartikelfilters laufen lassen, sollen ausgenommen sein.	L-Drive

3.7.3 Erhöhung Busse für unnötiges Betätigen des Gaspedals (Frage 19)

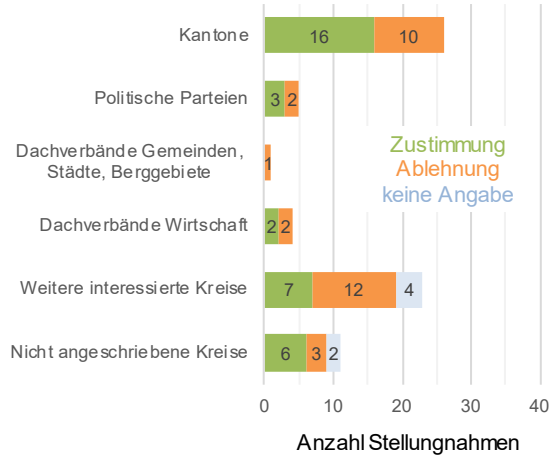
19. Sind Sie damit einverstanden, dass das mehrmalige unnötige Betätigen des Gaspedals ohne Wegfahrt künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 326.3 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



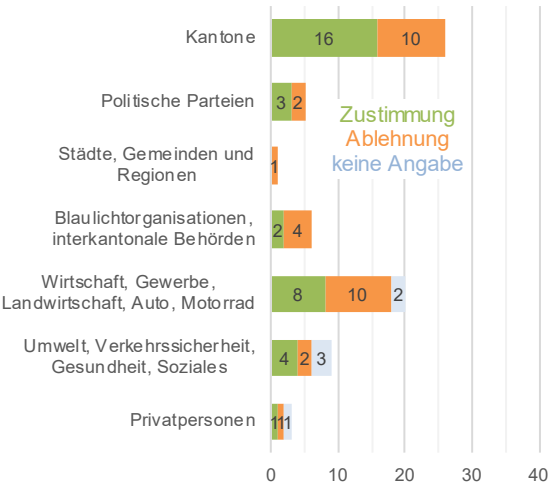
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

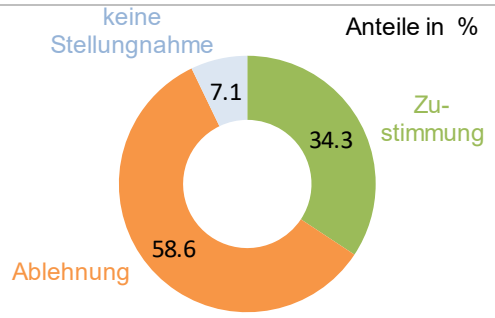
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) LU, UR, SZ, OW, GL, FR, SO, AR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SGB, ACS, AefU, AGVS, ASA, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, G2M, KAPO OW, Lärmliga, TCS, VASOS, VFAS		
19.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden	SZ, SO, AR, TI, VS, NE, ASA
	- auf CHF 100	TG, GE
	- auf CHF 120	SP
19.102	Tatbestand soll umformuliert werden, damit auch Lenkende von Motorrädern (bzw. Fahrzeugen ohne Gaspedal) gebüsst werden können.	FR, VS
19.103	Aufnahme von «unnötigem Betätigen des Gaspedals» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
19.104	Mehrmaliges, unnötiges Betätigen des Gaspedals soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	UR, Lärmliga
19.105	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AGVS, AutoSchweiz
19.106	Alte Fahrzeuge, Veteranen und Oldtimer sollen von Bestimmung ausgenommen werden (mehrmaliges Betätigen Gaspedal ist nötig, damit Motor weiterläuft).	economiesuisse, VFAS
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, NW, ZG, BS, BL, SH, AI, SG, GR, Grüne, SVP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, CP, FMS, FRS, IGMotorrad, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS		
19.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden	BL
	- auf CHF 120	BE, SSV (Städte), KSSD, SVSP
	- auf CHF 200	NW, SH, SG, GR, ACVS, KKPKS
19.202	Mehrmaliges, unnötiges Betätigen des Gaspedals soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	ZH, NW, BS, SH, AI, SG, Grüne, ACVS, Alpen-Initiative, FRS, VCS
19.203	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR, KKPKS
19.204	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, FMS, SAM
19.205	Einmaliges, unnötiges Betätigen des Gaspedals soll auch bestraft werden.	BS, BL
19.206	Tatbestand soll umformuliert werden, damit auch Lenkende von Fahrzeugen ohne Gaspedal (z. B. Motorräder) gebüsst werden können.	BL
19.207	Alte Fahrzeuge, Veteranen und Oldtimer sollen von Bestimmung ausgenommen werden (mehrmaliges Betätigen Gaspedal ist nötig, damit Motor weiterläuft).	SGV (Gewerbe), FRS
19.208	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
19.209	Bestehendes rechtliches Instrumentarium und bestehende Motorfahrzeugkontrolle sind ausreichend um Verursachen von unnötigem Verkehrslärm zu sanktionieren (Vorlage ist unverhältnismässig und zielt auf Gesamtbevölkerung statt «Auto-Poser» ab, keine rückwirkenden technische Verbote aussprechen, Massnahmen teilweise nicht umsetzbar).	IGMotorrad
Anmerkungen		
19.301	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse

Anträge		
19.401	Antrag Ziff. 326.3 Anhang 1 E-OBV (anpassen): 3. «...Unnötiges mehrmaliges Betätigen des Gaspedals oder des Gasgriffs ohne Wegfahrt (Art. 33 Bst. b VRV)» Alternativ: 3. «…Unnötiges mehrmaliges Betätigen des Bedienelements zur Steuerung der Motorleistung ~~des Gaspedals~~ ohne Wegfahrt (Art. 33 Bst. b VRV)»	NW, SH, AI, SG, SSV (Städte), ACVS, KSSD, SVSP
19.402	Antrag Ziff. 326.3 Anhang 1 E-OBV (anpassen): 3. «...Unnötiges mehrmaliges Betätigen des Gaspedals oder des Gasgriffs ohne Wegfahrt (Art. 33 Bst. b VRV)»	ZH

3.7.4 Einführung Busse für das Anfahren mit durchdrehenden Reifen (Frage 20)

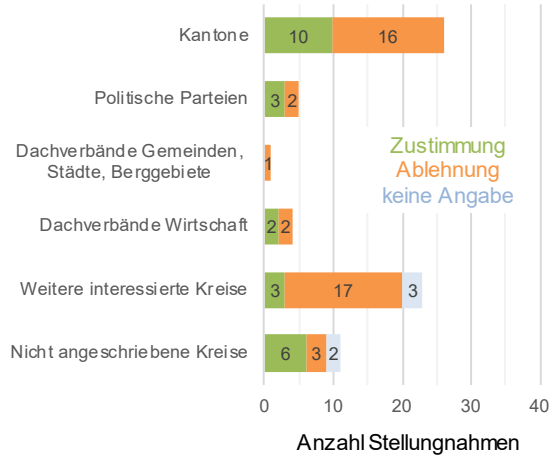
20. Sind Sie damit einverstanden, dass das Anfahren mit durchdrehenden Reifen künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 326.4 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



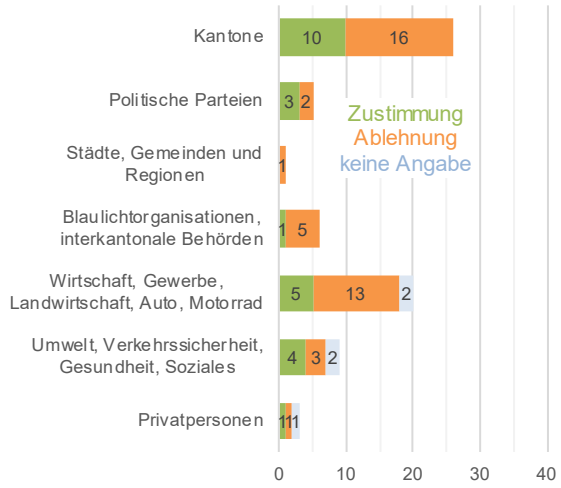
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

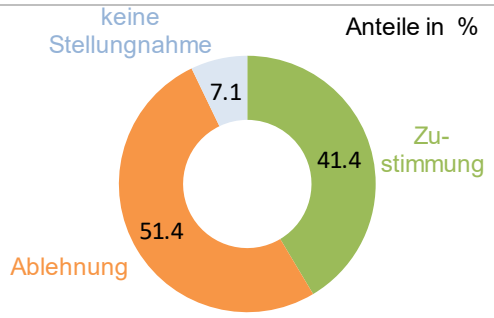
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) OW, GL, FR, SO, AG, TG, VD, VS, NE, GE, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SGB, AefU, EKLB, Enderli, G2M, KAPO OW, Lärmliga, TCS, VASOS, VFAS		
20.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 100 - auf CHF 150	OW, SO, NE TG VS
20.102	Anfahren mit durchdrehenden Rädern soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Verkehrssicherheit, Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TI, JU, Grüne, SVP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ACVS, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, BFU, CP, FMS, FRS, IGMotorrad, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS		
20.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	BL, TI KKPKS
20.202	Anfahren mit durchdrehenden Rädern soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: erhöhte Verkehrssicherheit, Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall sind keine schärferen Massnahmen möglich, nicht durchdrehende Reifen würden stärker bestraft als durchdrehende).	ZH, BE, LU, UR, SZ, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TI, JU, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, ASA, BFU, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
20.203	Aufnahme von «Anfahren mit durchdrehenden Reifen» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
20.204	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FMS, FRS, SAM
20.205	Aufnahme von «Anfahren mit durchdrehenden Reifen» in Ordnungsbussenkatalog ist unverhältnismässig (liegt teilweise an Strassen- oder Wetterverhältnissen).	SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, AutoSchweiz
20.206	Bestehendes rechtliches Instrumentarium und bestehende Motorfahrzeugkontrolle sind ausreichend um Verursachen von unnötigem Verkehrslärm zu sanktionieren (Vorlage ist unverhältnismässig und zielt auf Gesamtbevölkerung statt «Auto-Poser» ab, keine rückwirkenden technische Verbote aussprechen, Massnahmen teilweise nicht umsetzbar).	IGMotorrad
Anmerkungen		
20.301	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse
Anträge		
20.401	Antrag Ziff. 326.4 Anhang 1 E-OBV (anpassen): 4. «Absichtliches und unnötiges Anfahren mit durchdrehenden Reifen (Art. 33 Bst. c VRV)»	economiesuisse, ACS, AGVS, AutoSchweiz, FRS, VFAS

3.7.5 Einführung Busse für das Verursachen unnötigen Auspufflärms (Frage 21)

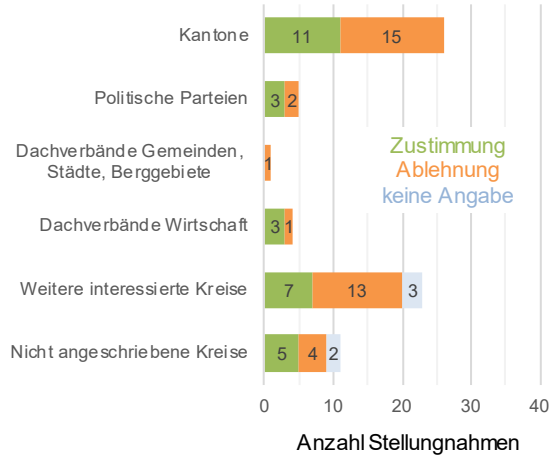
21. Sind Sie damit einverstanden, dass das Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage (Knallen und Böllern) künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 326.5 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



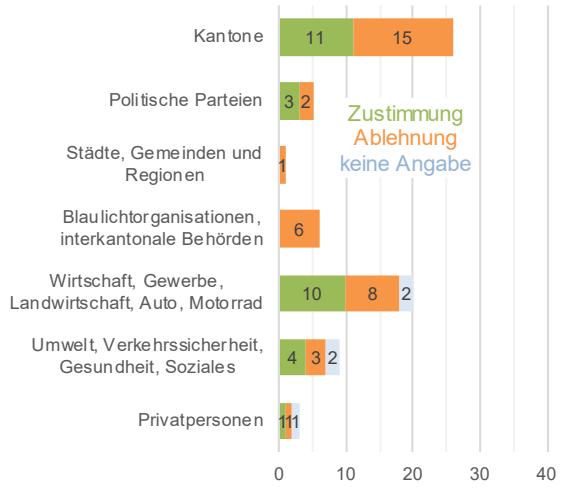
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

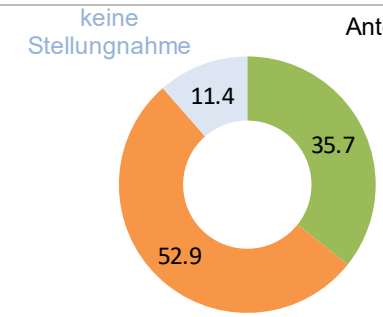
Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) GL, FR, AI, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGB, ACS, AefU, AGVS, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, Lärmliga, Lohnunternehmer, SVLT, TCS, VASOS, VFAS		
21.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 100 - auf CHF 120 - auf CHF 300	TI TG, VS, GE SP NE
21.102	Aufnahme von «unnötigem Lärm durch Auspuffanlage» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
21.103	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AGVS, AutoSchweiz
21.104	Erzeugen von unnötigem Lärm durch Auspuffanlage soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
21.105	Verwendung eines unzulässigen Fahrmodus ist für Vollzugsbehörde kaum beweisbar.	AGVS, AutoSchweiz
21.106	Fahrmodi sollen nicht verboten werden (keine rückwirkenden technische Verbote für aktuell zugelassene Fahrzeuge).	AGVS, AutoSchweiz
21.107	Fahrmodi sollen allgemeingültig definiert werden (nicht alle Fahrmodi erzeugen Lärm).	AGVS, AutoSchweiz
21.108	Ordnungsbusse soll nur bei «absichtlichem und unnötigem Schalten oder abrupter Gaswegnahme» erteilt werden.	AGVS, AutoSchweiz
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, SG, GR, Grüne, SVP, SSV (Städte), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, ASA, BFU, CP, FMS, FRS, G2M, IGMotorrad, KAPO OW, KKPKS, KSSD, SAM, Stöckli, SVSP, VCS		
21.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
21.202	Erzeugen von unnötigem Lärm durch Auspuffanlage soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, Fahren Innerorts mit unnötigem Lärm durch Fahrmodi würde stärker bestraft als zusätzliche Knallgeräusche der Auspuffanlage).	ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, ZG, BS, BL, SH, AR, SG, GR, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, ASA, BFU, FRS, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
21.203	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, FMS, SAM
21.204	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
21.205	Reines Hochdrehen des Motors kann in Ordnungsbussenverfahren geahndet werden, andere Vergehen im ordentlichen Verfahren.	GR, KKPKS
21.206	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
21.207	Bestehendes rechtliches Instrumentarium und bestehende Motorfahrzeugkontrolle sind ausreichend um Verursachen von unnötigem Verkehrslärm zu sanktionieren (Vorlage ist unverhältnismässig und zielt auf Gesamtbevölkerung statt «Auto-Poser» ab, keine rückwirkenden technische Verbote aussprechen, Massnahmen teilweise nicht umsetzbar).	IGMotorrad
21.208	Knallgeräusche können nicht in jedem Fall auf Verhaltensweisen oder technischen Anpassungen zurückgeführt werden.	G2M, IGMotorrad

Anmerkungen		
21.301	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse
Anträge		
21.401	Antrag Ziff. 326.5 Anhang 1 E-OBV (streichen): 5. «~~...Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage (Knallen und Böllern) (Art. 33 Bst. g VRV)~~»	LU, KAPO OW
21.402	Antrag Ziff. 326.5 Anhang 1 E-OBV (ergänzen): 5. «...Verursachen von unnötigem Lärm der Auspuffanlage (insbesondere Knallen und Böllern) (Art. 33 Bst. g VRV)»	AefU

3.7.6 Einführung Busse für fehlenden Schalldämpfereinsatz (Frage 22)

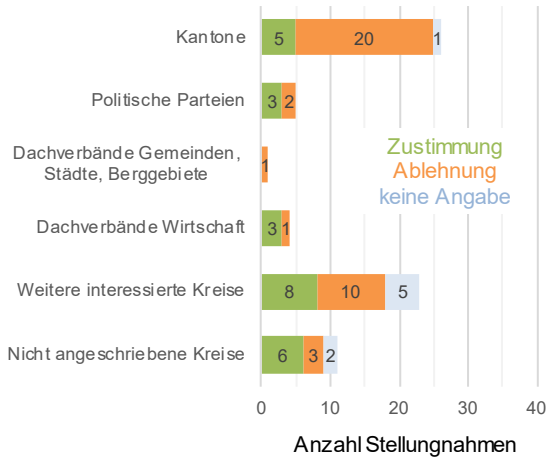
22. Sind Sie damit einverstanden, dass das Führen eines Motorfahrzeugs ohne vorgeschriebenen Schalldämpfereinsatz künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 409.1 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



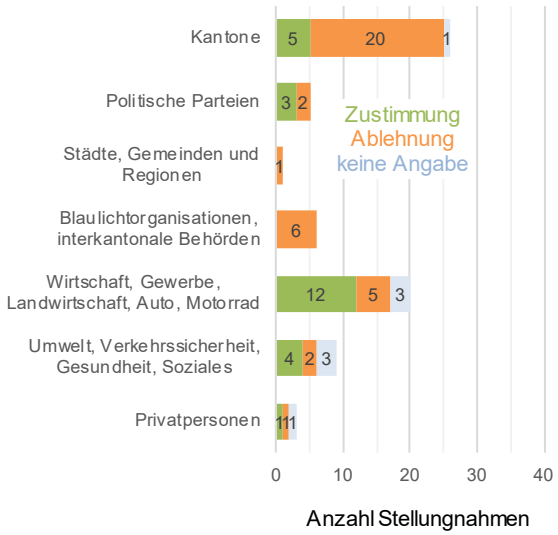
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

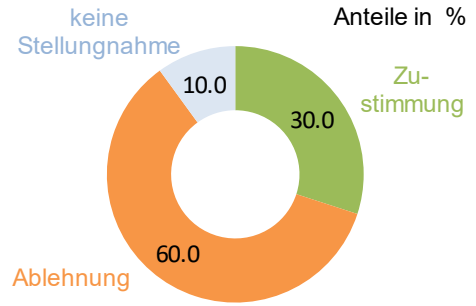
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, NE, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGB, ACS, AefU, AGVS, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, FRS, G2M, Lärmliga, Lohnunternehmer, SVLT, TCS, VASOS, VFAS		
22.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 300	NE
22.102	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AutoSchweiz
22.103	Manipulationen beim Schalldämpfereinsatz sollen in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
22.104	Einführung einer Nachprüfpflicht soll geprüft werden.	NE
22.105	Mit aktueller Regelung (Art. 53 Abs. 1 VTS) ist Bussgeld höher.	G2M
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, VS, Grüne, SVP, SSV (Städte), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, ASA, CP, FMS, KAPO OW, KKPKS, KSSD, SAM, Stöckli, SVSP, VCS		
22.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
22.202	Manipulationen beim Schalldämpfereinsatz sollen in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, VS, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, ASA, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
22.203	Änderungen an Schalldämpferanlagen sollen generell verboten werden.	LU, OW, KAPO OW
22.204	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
22.205	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
22.206	Wird Manipulation an Schalldämpferanlagen festgestellt, soll in jedem Fall der Rückbau veranlasst werden.	LU
22.207	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
Anmerkungen		
22.301	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	TI, IGMotorrad
22.302	Aufnahme von «Führen eines Fahrzeugs ohne Schalldämpfereinsatz» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
22.303	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse

3.7.7 Einführung Busse für Fahrzeuge mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen (Frage 23)

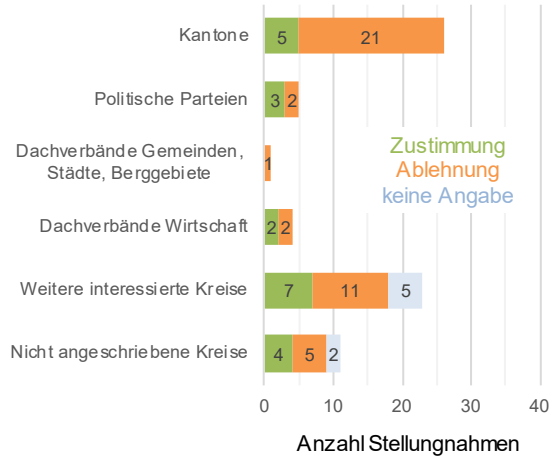
23. Sind Sie damit einverstanden, dass das Führen eines Motorfahrzeugs mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 409.2 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



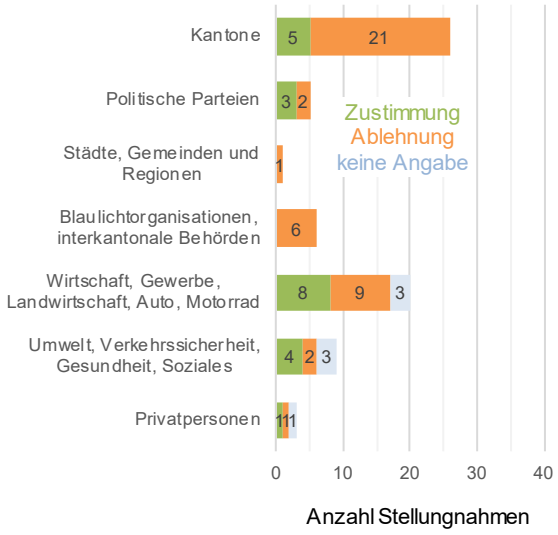
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

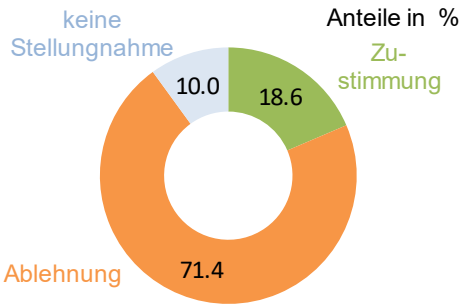
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, NE, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SGB, ACS, AefU, AGVS, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, FRS, Lärmliga, TCS, VASOS, VFAS		
23.101	Führen eines Fahrzeugs mit Bauteilen, die ungedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
23.102	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AutoSchweiz
23.103	Bestimmung soll nicht rückwirkend für umgebaute Serienfahrzeuge gelten.	economiesuisse, FRS, VFAS
23.104	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	AefU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, Grüne, SVP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, ASA, CP, FMS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS		
23.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
23.202	Führen eines Fahrzeugs mit Bauteilen, die ungedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, LU, UR, OW, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AI, SG, GR, TG, VD, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, KAPO OW, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
23.203	Tatbestand kann auf andere Weise sanktioniert werden (z. B. über Bauteile ohne Zulassung).	BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, BL, AR, GR, TI, VS, ASA
23.204	Aufnahme von «Führen eines Fahrzeugs mit Bauteilen die ungedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
23.205	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
23.206	Wird Manipulation an Schalldämpferanlagen festgestellt, soll in jedem Fall der Rückbau veranlasst werden.	LU
23.207	Absolute Nennung ist nicht statthaft, da mittels Einzelabnahme zugelassene Fahrzeuge solche Bauteile teilweise verbaut haben dürfen (mit «nicht statthaft» oder «unzulässig» ergänzen).	SG
23.208	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
23.209	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
23.210	Mit aktueller Regelung (Art. 53 Abs. 1 und 4 VTS) ist Bussgeld höher.	G2M
Anmerkungen		
23.301	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	IGMotorrad
23.302	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse

3.7.8 Einführung Busse für Fahrzeuge ohne Motorraumdämmung (Frage 24)

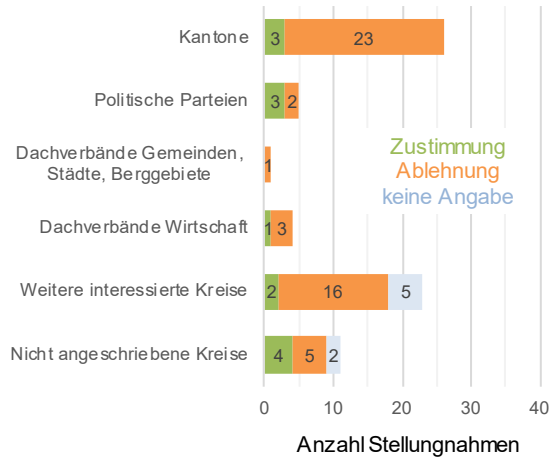
24. Sind Sie damit einverstanden, dass das Führen eines Motorfahrzeugs mit fehlender Motorraumdämmung künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 409.3 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



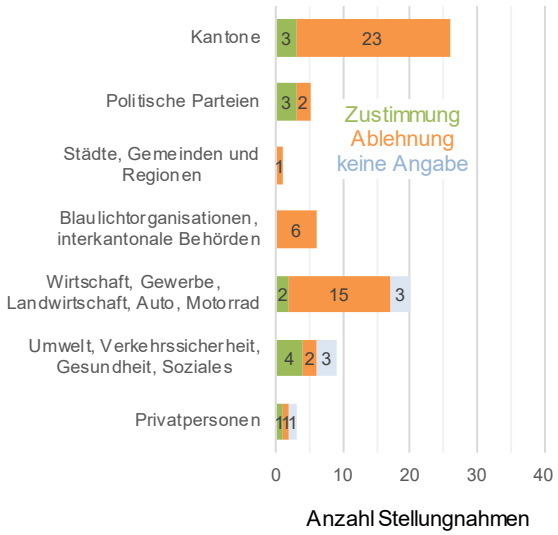
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

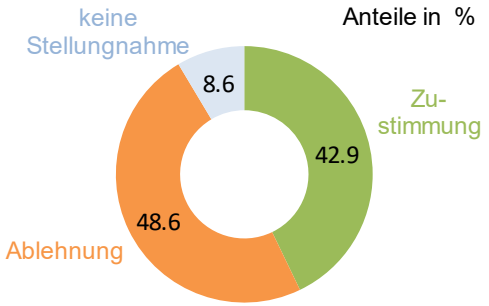
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, GE, Mitte, FDP, SP, SGB, AefU, EKLB, Enderli, Lärmliga, TCS, VASOS		
24.101	Führen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
24.102	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	AefU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, JU, Grüne, SVP, SSV (Städte), economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ACVS, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS, VFAS		
24.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
24.202	Führen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, UR, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
24.203	Kontrolle der Motorraumdämmung ist aufgrund fehlender Informationen (Datenblätter, Konformitätsbescheinigungen CoC) problematisch (je nach Fahrzeugtyp sehr unterschiedlich, Nachfrage beim Hersteller erforderlich).	LU, UR, SZ, OW, ZG, SO, BL, SH, AR, AI, GR, TI, VD, VS, NE, JU, economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, ASA, AutoSchweiz, FRS, KAPO OW, VFAS
24.204	Der Einfluss einer fehlerhaften oder schadhaften Motorraumdämmung auf das Geräuschverhalten ist gering.	UR, SZ, ZG, SO, BL, SH, AR, GR, TI, VD, VS, NE, ASA, G2M
24.205	Aufnahme von «Führen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
24.206	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
24.207	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
24.208	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
24.209	Häufige Ursache für Beschädigungen im Motorraum sind auf Marder, Katzen, Ratten etc. zurückzuführen	G2M
Anmerkungen		
24.301	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	IGMotorrad
24.302	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse
Anträge		
24.401	Antrag Ziff. 409.3 Anhang 1 E-OBV (streichen): 3. «~~...Führen eines Motorfahrzeugs mit fehlender Motorraumdämmung (Art. 53 Abs. 1 und 4 VTS)~~»	SO

3.7.9 Einführung Busse für Fahrzeuge mit nicht vorgesehenen Tonerzeugern oder manipulierten Warnsystemen (Frage 25)

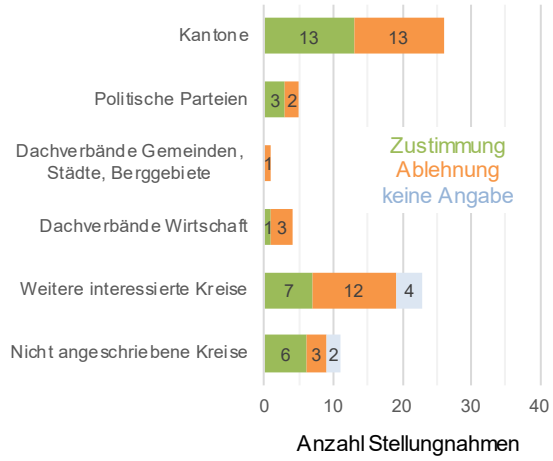
25. Sind Sie damit einverstanden, dass das Führen eines Motorfahrzeugs mit nicht vorgesehenem Tonerzeuger oder einem manipulierten Fahrzeug-Warnsystem künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 410 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



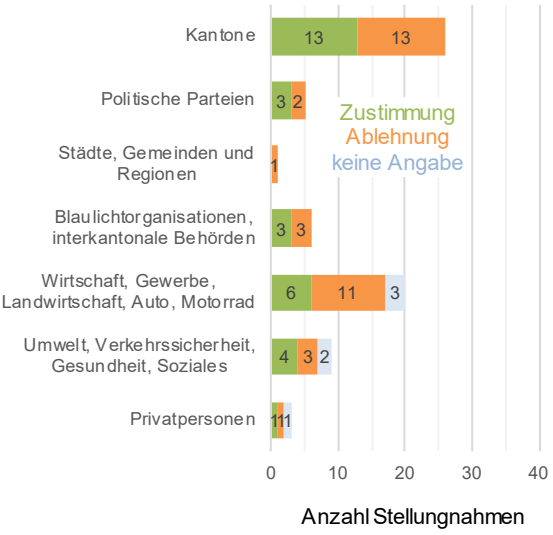
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

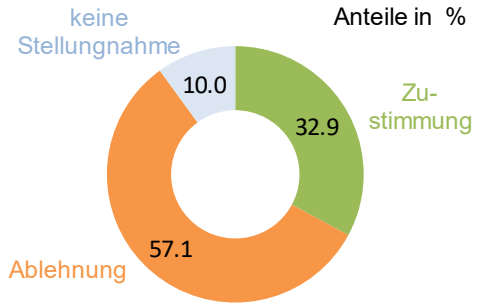
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) LU, SZ, OW, GL, FR, AR, GR, AG, TG, TI, VS, GE, JU, Mitte, FDP, SP, SGB, ACS, AefU, AGVS, ASA, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, G2M, KAPO OW, KKPKS, Lärmliga, TCS, VASOS		
25.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 100	SZ, AR, GR, TI, VS, ASA TG
25.102	Führen eines Fahrzeugs mit nicht vorgesehenem Tonerzeuger oder manipuliertem Warnsystem soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
25.103	Aufnahme von «Führen eines Fahrzeugs mit nicht vorgesehenem Tonerzeuger oder manipuliertem Warnsystem» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
25.104	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AutoSchweiz
25.105	Im Bussenkatalog der OBV soll Tatbestand analog zu den Ausführungsbestimmungen in Art. 33 E-VRV Bst. h «Störungen durch Tonwiedergabegeräte, die im Fahrzeug eingebaut sind oder mitgeführt werden» aufgenommen werden, es sei denn, solche Lärmquellen wären bereits durch «nicht vorgesehene Tonerzeuger» abgedeckt.	GE
25.106	Nutzung auf privatem Grund soll ausgenommen sein (nur Verwendung auf Strasse ist strafbar).	G2M
25.107	Streichung von Ziff. 403 VRV (Verwenden eines Fahrzeugs mit einer unerlaubten akustischen Warnvorrichtung) soll geprüft werden.	AefU
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, UR, NW, ZG, SO, BS, BL, SH, AI, SG, VD, NE, Grüne, SVP, SSV (Städte), economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, BFU, CP, FMS, FRS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS, VFAS		
25.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 100 - auf CHF 200	UR, SO, BL ZG BE, SSV (Städte), KSSD, SVSP
25.202	Führen eines Fahrzeugs mit nicht vorgesehenem Tonerzeuger oder manipuliertem Warnsystem soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, NW, ZG, BS, BL, SH, AI, SG, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, BFU, KSSD, SVSP, VCS
25.203	Veränderte Fahrzeuge, die nicht der Vorschrift entsprechen, sollen zuständigen (Straf- und Administrativ-)Behörden gemeldet werden.	VD
25.204	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
25.205	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
25.206	Problematisch ist die Verwendung und nicht der Typus der Hupe (Ziff. 322 Anhang 1 OBV reicht aus).	NE
25.207	Bei ordnungsgemässer Nutzung soll nachträgliche Installation von Tonerzeugern nicht verboten werden.	economiesuisse, SGV (Gewerbe), FRS, VFAS
Anmerkungen		
25.301	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse

3.7.10 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs ohne Schalldämpfereinsatz (Frage 26)

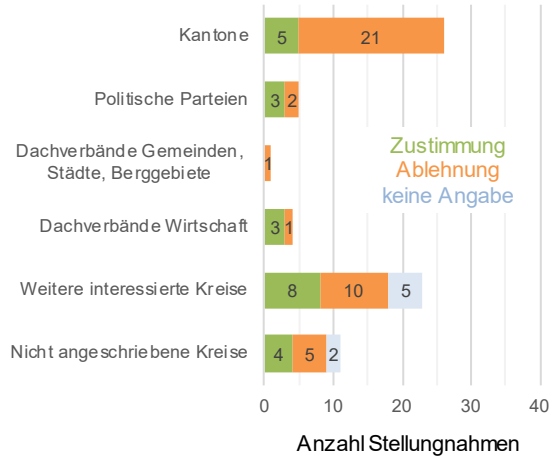
26. Sind Sie damit einverstanden, dass das Inverkehrbringen eines Motorfahrzeugs ohne vorgeschriebenen Schalldämpfereinsatz künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 508.1 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



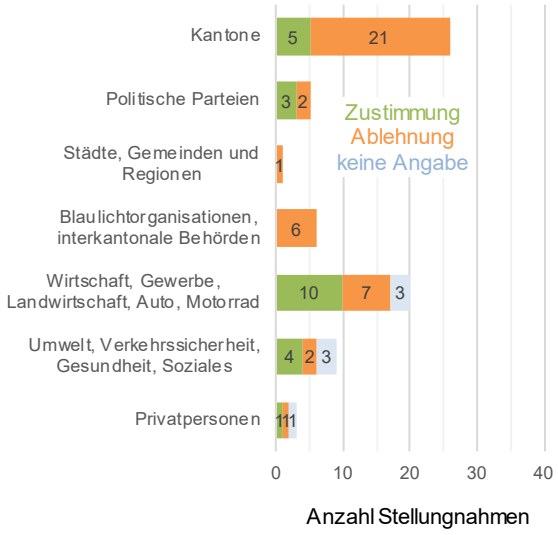
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

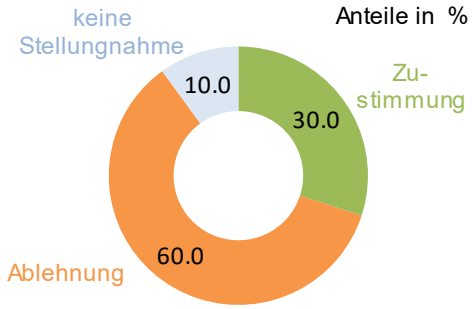
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, NE, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SBV (Bauern), SGB, ACS, AefU, AGVS, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, FRS, Lärmliga, SVLT, TCS, VASOS, VFAS		
26.101	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 300	NE
26.102	Inverkehrbringen von Fahrzeugen mit manipuliertem Schalldämpfereinsatz soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
26.103	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AutoSchweiz
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, Grüne, SVP, SSV (Städte), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, ASA, CP, FMS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVSP, VCS		
26.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200 - auf CHF 300	SO, BL, TI BE, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP UR, SZ, OW, ZG, SH, AR, GR, ASA
26.202	Inverkehrbringen von Fahrzeugen mit manipuliertem Schalldämpfereinsatz soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VS, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, ASA, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
26.203	Änderungen an Schalldämpferanlagen sollen generell verboten werden.	LU, OW, KAPO OW
26.204	Aufnahme von «Inverkehrbringen von Fahrzeugen ohne Schalldämpfereinsatz» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
26.205	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
26.206	Veränderte Fahrzeuge, die nicht der Vorschrift entsprechen, sollen zuständigen (Straf- und Administrativ-)Behörden gemeldet werden.	VD
26.207	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
26.208	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
26.209	Aktuelle Zulassungsbestimmungen verbieten bereits heute die Inverkehrbringung von Fahrzeugen ohne schalldämmende Elemente an Motorschürze und/oder Motorhaube, ausserdem ist bei der Motorraumdämmung der Lärmeinfluss nach Aussen gering.	G2M
Anmerkungen		
26.301	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	IGMotorrad
26.302	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse

3.7.11 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen (Frage 27)

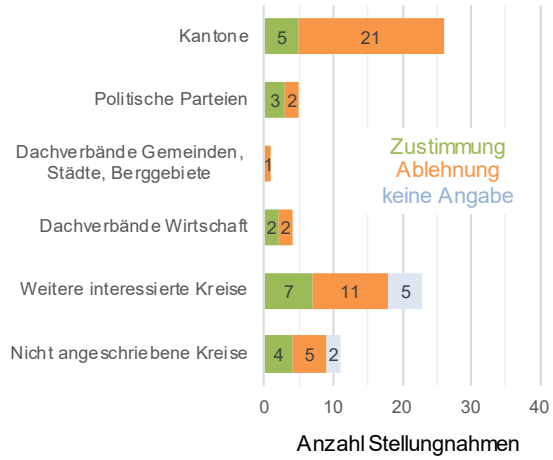
27. Sind Sie damit einverstanden, dass das Inverkehrbringen eines Motorfahrzeugs mit Bauteilen, die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 508.2 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



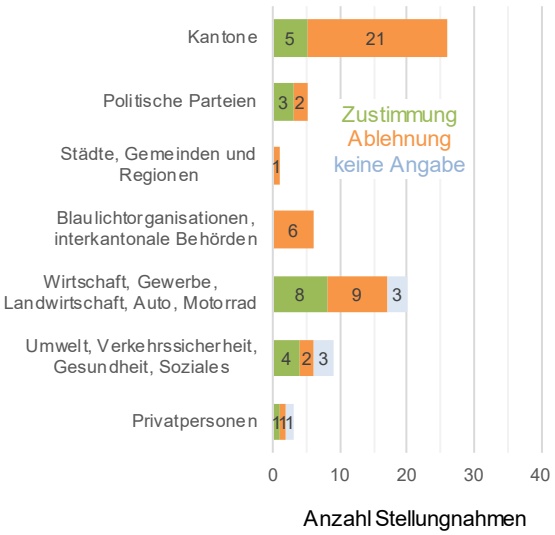
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

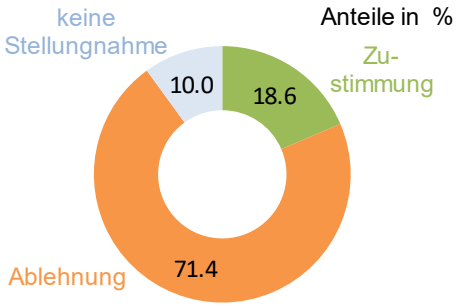
Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, TI, GE, JU, Mitte, FDP, SP, economiesuisse, SGB, ACS, AefU, AGVS, AutoSchweiz, EKLB, Enderli, FRS, Lärmliga, TCS, VASOS, VFAS		
27.101	Inverkehrbringen von Fahrzeugen mit Bauteilen, die ungedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
27.102	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	ACS, AutoSchweiz
27.103	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	TI
27.104	Aufnahme von «Inverkehrbringen von Fahrzeugen ohne Schalldämpfereinsatz» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, VS, NE, Grüne, SVP, SSV (Städte), SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACVS, Alpen-Initiative, ASA, CP, FMS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS		
27.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL, TI BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
27.202	Inverkehrbringen von Fahrzeugen mit Bauteilen, die ungedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen, soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, LU, UR, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AI, SG, GR, AR, TG, VD, VS, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, KAPO OW, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
27.203	Tatbestand kann auf andere Weise sanktioniert werden (z. B. über Bauteile ohne Zulassung).	UR, SZ, AR, GR, VS, NE, ASA
27.204	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
27.205	Absolute Nennung ist nicht statthaft, da mittels Einzelabnahme zugelassene Fahrzeuge solche Bauteile teilweise verbaut haben dürfen (mit «nicht statthaft» oder «unzulässig» ergänzen).	SG
27.206	Aktuelle Zulassungsbestimmungen verbieten bereits heute die Inverkehrbringung von Bauteilen die nicht gedämpfte Turbo-Ablassgeräusche erzeugen.	G2M
27.207	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
27.208	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
Anmerkungen		
27.301	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	IGMotorrad, MotoSuisse

3.7.12 Einführung Busse für das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung (Frage 28)

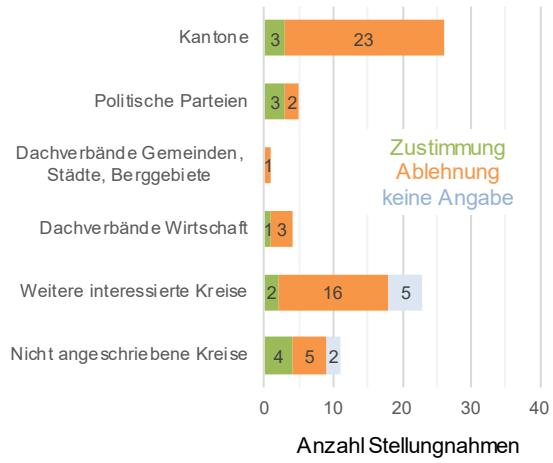
28. Sind Sie damit einverstanden, dass das Inverkehrbringen eines Motorfahrzeugs mit fehlender Motorraumdämmung künftig mit einer Ordnungsbusse in Höhe von 80 Franken sanktioniert werden kann (Ziff. 508.3 E-OBV)?

Grundsätzliche Einschätzung



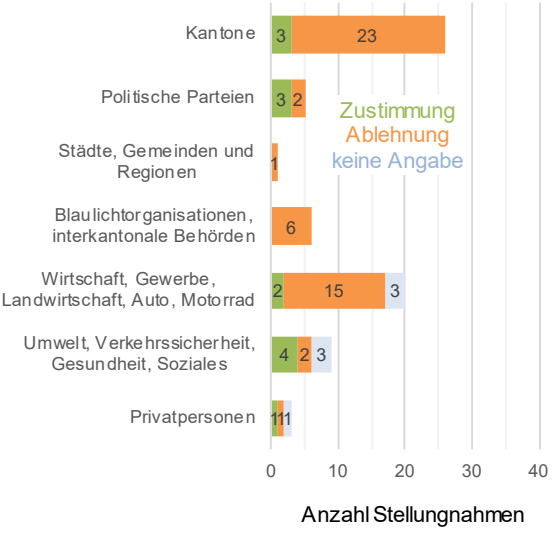
n = 70 Stellungnahmen

Teilenehmende nach Adressatenliste



n = 70 Stellungnahmen

Teilnehmende nach Themengruppe



n = 70 Stellungnahmen

Beurteilung, zentrale Aussagen und Anträge

Grundsätzliche Zustimmung (in Fragebogen «Ja» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) FR, AG, GE, Mitte, FDP, SP, SGB, AefU, EKLB, Enderli, Lärmliga, TCS, VASOS		
28.101	Inverkehrbringen von Fahrzeugen ohne Motorraumdämmung soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich).	Lärmliga
Grundsätzliche Ablehnung (in Fragebogen «Nein» angekreuzt bzw. entsprechend geäussert) ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, JU, Grüne, SVP, SSV (Städte), economiesuisse, SBV (Bauern), SGV (Gewerbe), 2rad, ACS, ACVS, AGVS, Alpen-Initiative, ASA, AutoSchweiz, CP, FMS, FRS, G2M, KAPO OW, KKPKS, KSSD, Lohnunternehmer, SAM, Stöckli, SVLT, SVSP, VCS, VFAS		
28.201	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden - auf CHF 200	SO, BL BE, GR, SSV (Städte), KKPKS, KSSD, SVSP
28.202	Inverkehrbringen von Fahrzeugen ohne Motorraumdämmung soll in Administrativverfahren geahndet werden können (Begründungen: Ordnungsbussen sind zu wenig abschreckend, in Wiederholungsfall keine schärferen Massnahmen möglich, Administrativbehörde erhält Kenntnis vom Sachverhalt, justiziabler Nachweis ist sehr aufwändig).	ZH, BE, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TG, VD, VS, Grüne, SSV (Städte), ACVS, Alpen-Initiative, KKPKS, KSSD, SVSP, VCS
28.203	Kontrolle der Motorraumdämmung ist aufgrund fehlender Informationen (Datenblätter, Konformitätsbescheinigungen CoC) problematisch (je nach Fahrzeugtyp sehr unterschiedlich, Nachfrage beim Hersteller erforderlich).	LU, UR, SZ, OW, ZG SO, SH, AR, AI, GR, TI, VD, VS, NE, JU, economiesuisse, SGV (Gewerbe), ACS, AGVS, ASA, AutoSchweiz, FRS, KAPO OW, VFAS
28.204	Der Einfluss einer fehlerhaften oder schadhaften Motorraumdämmung auf das Geräuschverhalten ist gering.	UR, SZ, ZG, SO, SH, AR, GR, TI, VD, VS, NE, ASA
28.205	Aufnahme von «Inverkehrbringen eines Fahrzeugs ohne Motorraumdämmung» in Ordnungsbussenkatalog schränkt Spielraum für Adminsitrativmassnahme ein.	TI
28.206	Abgrenzung zwischen Ordnungsbussen- und Administrativverfahren dürfte sich schwierig gestalten.	GR
28.207	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	2rad, SAM
28.208	Anpassungen führen zu Rechtsunsicherheit (Willkür bei Ahndung, zunehmend autofeindliche Ideologie), harmloses und unbeabsichtigtes Fahrverhalten soll nicht bestraft werden.	SGV (Gewerbe)
28.209	Aktuelle Zulassungsbestimmungen verbieten bereits heute die Inverkehrbringung von Motorfahrzeugen mit fehlender Motorraumdämmung.	G2M
Anmerkungen		
28.301	Ordnungsbussenbetrag soll erhöht werden.	IGMotorrad
28.302	Ordnungsbussenbetrag soll nicht erhöht werden (CHF 60 genügt um konformes Verhalten zu erzwingen).	MotoSuisse
Anträge		
28.401	Antrag Ziff. 409.3 Anhang 1 E-OBV (streichen): 3. «~~...Führen eines Motorfahrzeugs mit fehlender Motorraumdämmung (Art. 53 Abs. 1 und 4 VTS)~~»	SO, SH

Anhang: Teilnehmende der Vernehmlassung

Thema = Code für thematische Gruppe der Teilnehmenden
- 10 Kantone
- 20 Politische Parteien
- 30 Städte, Gemeinden
- 40 Blaulichtorganisationen, interkantonale Behörden
- 50 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft, Auto, Motorrad
- 60 Umwelt, Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales
- 70 Privatpersonen

Abkürzung	Bezeichnung	Thema
Kantone		
ZH	Kanton Zürich	10
BE	Kanton Bern	10
LU	Kanton Luzern	10
UR	Kanton Uri	10
SZ	Kanton Schwyz	10
OW	Kanton Obwalden	10
NW	Kanton Nidwalden	10
GL	Kanton Glarus	10
ZG	Kanton Zug	10
FR	Kanton Freiburg	10
SO	Kanton Solothurn	10
BS	Kanton Basel-Stadt	10
BL	Kanton Basel-Landschaft	10
SH	Kanton Schaffhausen	10
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden	10
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden	10
SG	Kanton St. Gallen	10
GR	Kanton Graubünden	10
AG	Kanton Aargau	10
TG	Kanton Thurgau	10
TI	Kanton Tessin	10
VD	Kanton Waadt	10
VS	Kanton Wallis	10
NE	Kanton Neuenburg	10
GE	Kanton Genf	10
JU	Kanton Jura	10
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien		
FDP	FDP. Die Liberalen	20
Grüne	GRÜNE Schweiz	20
Mitte	Die Mitte	20
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz	20
SVP	Schweizerische Volkspartei	20
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete		
SSV	Schweizerischer Städteverband	30
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft		
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen	50
SBV (Bauern)	Schweizerischer Bauernverband	50
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	50
SGV (Gewerbe)	Schweizerischer Gewerbeverband	50

Abkürzung	Bezeichnung	Thema
Weitere Organisationen und interessierte Kreise		
2rad	2rad Schweiz	50
ACS	Automobilclub der Schweiz	50
ACVS	Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Lichtenstein	40
AefU	Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz	60
AGVS	Auto Gewerbe Verband Schweiz	50
Alpen-Initiative	Alpen-Initiative	60
ASA	Vereinigung der Strassenverkehrsämter	40
AutoSchweiz	Vereinigung Schweizer Automobilimporteure	50
BFU	Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung	60
CP	Centre Patronal	50
EKLB	Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung	60
Enderli	Peter Enderli	70
FMS	Föderation der Motorradfahrer der Schweiz	50
FRS	Strasseschweiz-Verband des Strassenverkehrs	50
G2M	Generation2Motards	50
IGMotorrad	IG Motorrad	50
KAPO OW	Kantonspolizei Obwalden	40
KKPKS	Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz	40
KSSD	Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren der Schweiz	40
Lärmliga	Lärmliga Schweiz	60
L-Drive	Schweizerischer Fahrlehrerverband	50
Lohnunternehmer	Verein Lohnunternehmer Schweiz	50
Lüber	Ernst Lüber	70
MotoSuisse	Vereinigung der Schweizer Motorrad- und Rollerimporteure	50
RoadCross	Stiftung für Verkehrssicherheit	60
RWU	Regionalplanung Winterthur und Umgebung	60
SAM	Schweizerischer Auto- und Motorradfahrer-Verband	50
Stöckli	Armin Stöckli	70
SVLT	Schweizerischer Verband für Landtechnik	50
SVSP	Schweizerische Vereinigung städtischer Polizeichefs	40
TCS	Touring Club Schweiz	50
VASOS	Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz	60
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz	60
VFAS	Verband freier Autohandel Schweiz	50